

## Litauendeutsche als Kolonisten in Litauen 1942-1944

Arthur Hermann

### Einleitung

Die litauendeutsche Volksgruppe wird in der Historiographie äußerst selten erwähnt. Nur ihre Rücksiedlung in die Heimat 1942-1944 im Rahmen der Germanisierung und Kolonisierung der besetzten Gebiete im Osten erfährt als Sonderaktion eine bemerkenswerte Beachtung, denn von allen volksdeutschen Gruppen wurden nur die Litauendeutschen in die Heimat zurückgesiedelt. Deshalb wird in allen entsprechenden Untersuchungen über die nationalsozialistische Siedlungs- und Germanisierungspolitik diese „Sonderaktion“ besonders hervorgehoben.<sup>1</sup> Einige Forschungen beschäftigen sich sogar ausschließlich damit.<sup>2</sup> Mit Ausnahme der polnischen, dem Deutschen Reich angegliederten Gebiete kamen die von verschiedenen NS-Behörden erstellten Pläne zu „Germanisierung“ des Ostens nur in Litauen zur Anwendung und wurden hier in Ansätzen verwirklicht. Mehr als die Hälfte der im Februar / März 1941 nach Deutschland repatriierten Litauendeutschen wurden in der alten Heimat wieder angesiedelt. Aber diese Rücksiedlung bedeutete keineswegs die Herstellung der alten Besitz- und Rechtsverhältnisse. Die Rücksiedler erhielten vergrößerte Betriebe, aus denen die Vorbesitzer aus- bzw. umgesiedelt wurden.

---

<sup>1</sup> Myllyniemi, Seppo: Die Neuordnung der baltischen Länder 1941-1944. Helsinki 1973. 308 S.; Harten, Hans-Christian, Neirich, Uwe, Schwerendt, Matthias: Rassenhygiene als Erziehungsideologie des Dritten Reichs. Bio-bibliographisches Handbuch. Berlin 2006. XIV,546 S.; Heinemann, Isabel: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rassen- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas. Göttingen 2003. 697 S.; Leniger, Markus: Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ und Umsiedlungspolitik 1933-1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese. Berlin 2006. 252 S.; Bubnys, Arūnas: Vokiečių okupuota Lietuva 1941-1944 (Litauen unter der deutschen Okkupation 1941-1944). Vilnius 1998. 606 S.; Arbušauskaitė, Arūnė Liucija: Gyventojų mainai tarp Lietuvos ir Vokietijos pagal 1941 m. sausio 10 d. sutartį (Der Austausch von Bewohnern zwischen Litauen und Deutschland gemäß dem Vertrag vom 10. Januar 1941). Klaipėda 2002. 310 S.; Christoph Dieckmann: Savivaldos politikos galimybės vokiečių okupuotoje Lietuvoje 1941-1944 metais (Die politischen Möglichkeiten der litauischen Selbstverwaltung im deutsch besetzten Litauen 1941-1944). In: Lietuva antrajame pasauliniame kare. Vilnius 2007. S. 125-134.

<sup>2</sup> Stossun, Harry: Die Umsiedlungen der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges. Untersuchungen zum Schicksal einer deutschen Volksgruppe im Osten. Marburg 1993. 270 S.; Christoph Dieckmann: Plan und Praxis. Deutsche Siedlungspolitik im besetzten Litauen 1941-1944. In: Wissenschaft – Planung - Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Hrsg. V. Isabel Heinemann. Stuttgart 2006. S.93-118.

Die Litauendeutschen kehrten nach Litauen als bevorzugte deutsche Bürger zurück, die weder dem litauischen Recht noch der litauischen Verwaltung unterstellt waren. Man stellte sie wirtschaftlich und sozial besser als die übrige Bevölkerung und machte sie zu einem Teil des deutschen Besatzungsregimes.

In den genannten Untersuchungen der letzten zwei Jahrzehnte wird die Instrumentalisierung der Litauendeutschen durch die NS-Instanzen nach deren Umsiedlung 1941 in das Deutsche Reich ausreichend beschrieben. Sie erfolgte vor allem durch die zahlreichen Behörden Himmlers, der in seiner Hand die Ämter der Reichsführer SS, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKFDV), das Reichssicherhauptamt (RSHA) und das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS (RuSHA) vereinigte. Auch die eigentliche Rücksiedlung der Litauendeutschen und die damit zusammenhängende Auseinandersetzung der Dienststellen Himmlers mit dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (Ostministerium, OMi) sind bereits bei Harry Stossun und Christoph Dieckmann vorbildlich abgehandelt. Weniger Beachtung fanden bisher folgende Punkte:

1. Das eigentliche Leben der als deutsche Kolonisten zurückgesiedelten Litauendeutschen;
2. Die Beteiligung der litauischen Selbstverwaltung an der Aussiedlung und Umsiedlung der bisherigen Eigentümer bzw. Verwalter;
3. Der Widerstand der Bevölkerung gegen die deutsche Kolonisation;
4. Die Kolonisten: Opfer oder Täter?

Leider geben die Quellen, die vornehmlich aus Behördenakten bestehen, bezüglich der Selbstidentifikation der litauendeutschen Rücksiedler in ihrer neuen Rolle als Kolonisten und „Herrenmenschen“ nur wenig Auskunft. Die Betroffenen selbst schwiegen sich in der Regel über ihre Zeit als Kolonisten in Litauen aus. Über das Leben der Litauendeutschen in der Heimat vor 1941 berichten die Heimatblätter „Heimatstimme“, „Heimatgruß“ und „Die Raute“ recht ausführlich, doch die Zeit in Litauen in den Jahren 1942-1944 wird nur in wenigen Sätzen abgehandelt. Offenbar gab es unter den Litauendeutschen und in der Landsmannschaft der Deutschen aus Litauen nach dem Krieg zu keiner Zeit den Wunsch, an die Problematik der Neuansiedlung in Litauen heranzugehen und die Mitverantwortung an der versuchten Kolonisation und „Germanisierung“ zu übernehmen.

## **I. Umsiedlung, Rücksiedlung, Ansiedlung, Neuansiedlung oder Kolonisation?**

Die deutschsprachige Historiographie über die Kolonisation Litauens durch die Litauendeutschen während des Zweiten Weltkriegs verwendet gerne die noch von den NS-Instanzen geprägten Begriffe „Umsiedlung, Rücksiedlung und Ansiedlung“, die die damit verbundenen Gewaltmaßnahmen wie Vertreibung und Enteignung der bisherigen Bevölkerung bis hin zum Mord vertuschen sollten. Deshalb prägte Christoph Dieckmann den neuen Begriff „Neuansiedlung“,<sup>3</sup> wohl aus der Erkenntnis heraus, dass „Umsiedlung“ und „Rücksiedlung“ zu harmlos klingen. Die deutschen Historiker unterstreichen den verbrecherischen Gehalt der „Umsiedlungen“ in den besetzten Ostgebieten, verurteilen die Pläne der Ostsiedlung und sprechen in diesem Zusammenhang auch von der „Kolonisation“ und „Germanisierung“. Aber bei der erfolgten Ansiedlung der Deutschen, die mit der Zwangsumsiedlung der Bevölkerung verbunden war und von den Nationalsozialisten als „Umvölkung“ verschleiert wurde, wird das Wort „Kolonisation“ nicht verwendet. Dabei bezeichneten die amerikanischen Stellen noch während des Zweiten Weltkrieges die Ansiedlung der Litauendeutschen als „colonization“.<sup>4</sup> Auch die litauischen Historiker bewerten die Rücksiedlung der Litauendeutschen als „kolonizacija“.<sup>5</sup> Die „Umsiedlung“ unterschlägt den Zwangscharakter, die „Rücksiedlung“ die neuen Besitzverhältnisse und die „Ansiedlung“ die Enteignung und Vertreibung der bisherigen Besitzer. Und auch die „Neuansiedlung“ ist eher eine neutrale als wertende Bezeichnung des Vorgangs. Daher ist es meiner Meinung nach angebracht, die Siedlungspolitik des NS-Regimes in Litauen als Kolonisation und die zurück gesiedelten Litauendeutschen als Kolonisten zu bezeichnen.

### **1. Die deutsche Siedlungspolitik und die Litauendeutschen**

Noch bis Ende 1938 galt für die 1937 zur Betreuung der Volksdeutschen eingerichtete Volksdeutsche Mittelstelle (VoMi) die Anweisung Hitlers, die Volksdeutschen in den Heimatländern zu belassen und sie für die Außenpolitik des deutschen Reiches einzusetzen.<sup>6</sup> Nach dem Entschluss Hitlers, Polen zu besetzen, trat jedoch der Plan des Rasse- und Siedlungshauptamtes (RuSHA) in den Vordergrund, die Volksdeutschen für die Germanisierung des Ostens einzusetzen.<sup>7</sup> Mit der Beauftragung Himmlers zum RKFDV im Oktober 1939 gerieten die Volksdeutschen vollends unter die Verfügungsgewalt von Himmler und

---

<sup>3</sup> Dieckmann, Chr.: Plan ... S. 93 ff.

<sup>4</sup> Lithuania under German occupation. Ed. by Thomas Remeikis. Vilnius 2005. 731 S. Hier sind alle Dossiers der amerikanischen Botschaft in Stockholm an Washington über die deutsche Okkupation in Litauen in Kopien veröffentlicht.

<sup>5</sup> Siehe bei Bubnys und Arbušauskaitė.

<sup>6</sup> Leniger... S.28-38.

<sup>7</sup> Heinemann ... S.30.

seiner SS. Himmlers Vollmachten reichten von der Umsiedlung der Volksdeutschen ins Reich bis zur Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete im Osten und der Vertreibung der autochthonen Bevölkerung.<sup>8</sup> Der RKFDV errichtete in den Jahren 1939 bis 1941 zahlreiche Lager in der mehr als eine halbe Million Volksdeutsche eine rassische Auslese durchliefen. Die „rassisch wertvollen“ Familien wurden als „O-Fälle“ für die Besiedlung der polnischen und tschechischen, später auch der sowjetischen Gebiete vorgesehen. Die „rassisch minderwertigeren“ „A-Fälle“, die ca. 30-50% der Volksdeutschen ausmachten, wurden als Arbeitskräfte ins Reich verschoben. Die „O-Fälle“, die nach der Vorstellung des RKFDV und des RSHA zur rassischen Elite zählten, sollten laut Himmler den Osten zu einer „blonden Provinz“ machen.<sup>9</sup> Bis Ende 1942 wurden von den 629.000 Volksdeutschen 445.000 angesiedelt, davon 332.000 in den Ostgebieten, vor allem in den polnischen Gebieten, die an das Deutsche Reich angegliedert wurden.<sup>10</sup> Die Ansiedlung im Osten war stets mit Vertreibung der autochthonen Bevölkerung verbunden und diente ausschließlich der deutschen Kolonisation und Germanisierung des Ostens.

Die Entscheidung der Litauendeutschen für die Umsiedlung ins Reich im Frühjahr 1941 war, trotz der sowjetischen Gefahr, die letzte Handlung, die noch halbwegs aus freiem Willen geschah. Eine Vorentscheidung für Deutschland fiel eigentlich schon am 4. März 1939, als die Delegierten des Kulturverbandes der Deutschen in Litauen sich zum Nationalsozialismus bekannten.<sup>11</sup> Als die Litauendeutschen sich im Herbst 1940 und Winter 1941 für die Umsiedlung nach Deutschland entschlossen, wussten sie bereits, was sie in Deutschland erwartete. Sie kannten auch in Ansätzen die deutschen Pläne zur Besiedlung Polens. Die Führung des Kulturverbandes, die über gute Kontakte zu Deutschland verfügte, hatte ihnen versprochen, sie würden in den früheren polnischen, jetzt an Deutschland angegliederten Gebieten unter besseren Bedingungen als in Litauen angesiedelt werden.<sup>12</sup> Zumindest die gebildeteren Litauendeutschen waren folglich über das totalitäre Regime des Nationalsozialismus und über die angekündigte Ansiedlung in den ehemals polnischen Gebieten informiert. Doch nach der Besetzung Litauens durch die Sowjetunion schreckte die Litauendeutschen die Aussicht auf eine Ansiedlung auf fremdem Besitz und das Leben in einer Diktatur keineswegs ab. Die Repatriierung nach Deutschland erfolgte vor allem aus Furcht, in Litauen enteignet und drangsaliert zu werden. Der Kulturverband der Deutschen löste sich auf Anweisung des Reiches noch vor der Um-

---

<sup>8</sup> Leniger... S.62.

<sup>9</sup> Heinemann ... S.233.

<sup>10</sup> Leniger... S.226-227.

<sup>11</sup> Stossun ... S.22.

<sup>12</sup> Stossun ... S.29. (bezieht sich auf „Deutsche Nachrichten“ vom 29.12.1939.)

siedlung auf. Ohne jegliche Führung und auf verschiedene Lager der VoMi verstreut wurden die Litauendeutschen nach der Umsiedlung ins Reich leicht zu „Objekten der nationalsozialistischen Volkstumspolitik“.<sup>13</sup>

Die 50.142 Litauendeutschen wurden zuerst in den Lagern der VoMi untergebracht. Die sogenannte Durchschleusung beziehungsweise die Entscheidung der Einwandererzentralstelle (EWZ) über den späteren Einsatz der Volksdeutschen als „O-Fälle“ für die Ansiedlung im Osten oder als A-Fälle für den Arbeitseinsatz im Reich zog sich noch bis Oktober 1941 hin. Der EWZ, die auf Anordnung des RSHA am 30. Oktober 1939 errichtet wurde, ging es vor allem um die rassische Reinheit der deutschen Gesellschaft und um die Besiedlung der neuen Ostgebiete.<sup>14</sup> 28.247 Litauendeutsche (56,4%) erhielten die Freistellung für die Ostsiedlung, 21.804 wurden ins Reich abgeschoben und 609 als Sonderfälle eingestuft.<sup>15</sup> Als die Entscheidung für die Rücksiedlung in die Heimat fiel, stellten viele „A-Fälle“ in den Jahren 1942-1943 Anträge auf Umwandlung in „O-Fälle“<sup>16</sup>, so dass bis 1944 die Zahl der litauendeutschen „O-Fälle“ auf 39.012 Personen stieg.<sup>17</sup> Der Ansiedlungsstab (AS) in Kaunas hatte jedoch schon recht früh gebeten, die Umwandlung einzustellen, da er sich nicht in der Lage sah, die neuen O-Fälle in Litauen anzusiedeln.<sup>18</sup> Daher sind nur wenige der umgewandelten „A-Fälle“ nach Litauen zurückgekommen.

Der Plan, die Litauendeutschen als einzige von allen volksdeutschen Gruppen als Kolonisten in die Heimat zurückzusiedeln, fiel erst im September 1941. Dafür waren zwei Gründe ausschlaggebend:

1. Wegen des Krieges gegen die Sowjetunion verzögerte sich in den ehemals polnischen Gebieten, wo man auch Litauendeutsche unterbringen wollte, die Aussiedlung der Polen,
2. Himmler ging davon aus, dass die westlitauischen Gebiete entlang der ostpreußischen Grenze, wo die meisten Litauendeutschen gelebt hatten, an das Deutsche Reich angeschlossen werden, wie es im Ribbentrop-Molotov-Vertrag vorgesehen war.<sup>19</sup>

Als der Generalkommissar für Litauen, Adrian von Renteln, der im Auftrag des Ostministeriums die deutsche zivile Verwaltung in Litauen leitete, von den

---

<sup>13</sup> Wie oben. S.77.

<sup>14</sup> Leniger... S.149-150.

<sup>15</sup> Stossun... S.139.

<sup>16</sup> Bundesarchiv (BA). R 49/3607: Richtlinien des RKFDV für die Anträge der Litauendeutschen auf Ansiedlung vom 16.4.1943.

<sup>17</sup> Stossun... S.144.

<sup>18</sup> BA. R 49/3574: Schreiben des Leiters des AS, Duckart, an das Stabshauptamt RKFDV vom 28.8.1942.

<sup>19</sup> BA. R 49/3568: Leiter des Stabshauptamtes des RKFDV, Greifelt, an die EWZ vom 2.10.1941 ; s. a. Dieckmann, Chr.: Plan ... S.101-102.

Plänen über die Gebietsabtrennung und die Rücksiedlung erfuhr, begab er sich sogleich nach Berlin, um die Lage bei Reichsminister Lammers im Führerhauptquartier und bei Himmler zu sondieren. Von Renteln lehnte eine Angliederung litauischer Gebiete an Ostpreußen ab. Da er auf die Mitarbeit der Litauer angewiesen war, wollte er sie nicht durch eine Gebietsabtrennung zu Feinden machen. Die Rückkehr der Litauendeutschen dagegen begrüßte er, weil er darin eine Möglichkeit sah, die Zahl der Deutschen in Litauen zu erhöhen und damit auch seine Stellung zu stärken. Daher war es für ihn wichtig, die Litauendeutschen nicht nur entlang der Grenze zu Ostpreußen einzusetzen, sondern sie auch auf ein größeres Gebiet zu verteilen. Lammers bestätigte ihm, dass Hitler die alte Reichsgrenze als Administrationsgrenze betrachte und keine Einwände gegen die Rücksiedlung der Litauendeutschen hätte. Auch Himmler ließ sich von den Argumenten von v. Renteln überzeugen, die Rücksiedler nicht nur in ihren ehemaligen Siedlungsgebieten sondern auch in anderen Teilen Litauens einzusetzen.<sup>20</sup> Aber bevor die Rücksiedlung in Angriff genommen werden konnte, musste noch die Frage der Zuständigkeit für die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten entschieden werden. Sowohl Himmler als auch der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Rosenberg, dem der Reichskommissar für Ostland, Hinrich Lohse und der Reichskommissar für Litauen v. Renteln unterstellt waren, bestanden auf ihrer Priorität.<sup>21</sup> Erst im April 1942 kam es zu einer Vereinbarung zwischen den Kontrahenten, indem man die Rückführung der Litauendeutschen als „Sonderaktion“ benannte und v. Renteln als Sonderbeauftragten des RKFDV für die Durchführung der Siedlung bestimmte, die Rücksiedlungsaktion selbst jedoch in den Händen des bereits im Januar 1942 vom RKFDV in Gotenhafen eingerichteten „Ansiedlungsstab Kauen“ (AS) beließ.<sup>22</sup> Bereits Ende des Jahres 1941 wurde der SS-Sturmbannführer Dr. Joachim Duckart (1896-1952) als Leiter des Ansiedlungsstabes bestimmt.<sup>23</sup>

## **2. Der „SS-Ansiedlungsstab Kauen“ und die Vorbereitungen der Kolonisation**

Als einer von den zwölf Ansiedlungsstäben des RKFDV zählte der Ansiedlungsstab Kauen zu den größeren und bedeutenderen, denn er siedelte mindestens 28.000 Kolonisten an (im Vergleich dazu setzte der Ansiedlungsstab in Prag nur 6.000 Volksdeutsche ein). Der AS nahm seine Arbeit in Kaunas am 1.

---

<sup>20</sup> Arbušauskaitė... S.232, Anhang 11: Bericht von v. Renteln an den Ostminister Rosenberg vom 10.1.1942 über seine Gespräche in Berlin im Oktober 1941 (übersetzt ins Litauische); s. a. Stossun ... S.157 und Dieckmann, Chr.: Plan... S.102.

<sup>21</sup> Dieckmann, Chr.: Plan ... S.103-105 ; Myllyniemi, ... S.128 ff.

<sup>22</sup> BA. R 49/3568: Beschluss vom Reichsführer SS, RKFDV und vom Reichsminister für die besetzten Ostgebiete vom 7.4.1942.

<sup>23</sup> BA. R 49/3623: RKFDV an v. Renteln vom 23.2.1942

April 1942 in der Donelaičio Straße 37a auf.<sup>24</sup> Der Leiter Dr. Duckart war ein erfahrener Siedlungsexperte, der bereits im Ansiedlungsstab Gotenhafen gearbeitet hatte. Er war 1931 der NSDAP sowie 1933 der SS beigetreten und hier als Schulungsleiter, später als Dozent für Vererbungslehre und Rassenkunde eingesetzt. Für seine vorbildliche Arbeit in Litauen im national-sozialistischen Sinne wurde er 1944 sogar zum SS-Obersturmbannführer befördert. Der Höhere SS- und Polizeiführer in Riga, Jeckeln, urteilte damals über Duckart: „Es steht außer Zweifel, dass er im Rahmen seiner Zuständigkeit Besonderes geleistet hat“. Für die gut organisierte Rückführung der Litauen-deutschen ins Reich im Sommer 1944 erhielt er das Kriegsdienstkreuz 1. Klasse. 1945 geriet er in amerikanische Gefangenschaft, ab 1949 arbeitete er als Berater für die Landwirtschaftskammern in Bonn und Köln.<sup>25</sup> Als einer der überzeugten Rasseexperten des RuSHA setzte er sich für die deutsche Ostkolonisation ein.<sup>26</sup> Die Rücksiedlung der Litauendeutschen in die eigene Heimat als Kolonisten stellte für ihn keine Fürsorgepflicht dar, sondern eine „politische und bevölkerungspolitische Aufgabe“.<sup>27</sup> Der Wert der Kolonisten lag für Duckart in der Erfüllung ihrer Aufgabe als „deutscher Mensch“ und „Vertreter des Deutschen Reiches“.<sup>28</sup> Dennoch misstraute er den Litauen-deutschen und meinte, dass man sie nicht sich selbst überlassen kann, da sie zu sehr lituanisiert seien.<sup>29</sup> Die Litauer verachtete er und mit den Behörden der litauischen Selbstverwaltung arbeitete er nur aus der Notwendigkeit heraus. Er unterstellte diesen, dass sie ständig Streit mit den Deutschen suchen würden.<sup>30</sup> Als treuer Gefolgsmann von Himmler war er auch von der Arbeit der deutschen Zivilverwaltung unter v. Renteln wenig überzeugt, fügte sich aber notgedrungen den Anweisungen des Generalkommissars. Seine wichtigsten Mitarbeiter am AS waren der SS-Obersturmführer Abel, der als Leiter der Kreis-ansiedlungsstäbe für die praktische Ansiedlung zuständig war, Schulemann, verantwortlich für die Versorgung der Kolonisten, und Richard Kossmann, zuständig für die Kontakte mit den Sicherheitsorganen.

Zunächst galt es, aus den bereits für die Ostkolonisation vorgesehenen 6794 litauendeutschen Familien, von denen 67% dem bäuerlichen Milieu angehörten, die für die Rücksiedlung Geeigneten auszusuchen. Für die Kolonisation in Li-

---

<sup>24</sup> BA. R 49/3607: Duckart an die EWZ in Litzmannstadt vom 13.3.1942.

<sup>25</sup> Duckarts Biografie bei Harten ... S.251-253 und S.365.

<sup>26</sup> Heinemann, I.: .. S.11-19.

<sup>27</sup> BA. R 49/3607: Duckart über die Ausstattung der Kolonisten, Mitte 1943.

<sup>28</sup> BA. R 49/3568: Aufruf des AS an die Kolonisten, Mai 1942.

<sup>29</sup> BA. R 49/3571: Duckarts Dossier, Mitte 1942.

<sup>30</sup> BA. R 49/3615: Duckart an das Generalkommissariat wegen Abgaben der Kolonisten vom 27.8.1942.

tauen wurden schließlich 5478 Familien mit 32.197 Personen ausgewählt.<sup>31</sup> Mitte Februar 1942 reiste Duckart nach Kaunas, wo er Gespräche mit v. Renteln und mit dessen persönlichem Referenten Went von der Ropp, einem Litauendeutschen, führte. Es galt, einen Kompromiss zu finden zwischen den Vorstellungen des RKFDV, der die Ansiedlung der Litauendeutschen nur in Westlitauen entlang der Grenze zu Ostpreußen vornehmen wollte, und dem Ostministerium, das die sogenannte „Rigaer Brücke“ quer durch Litauen favorisierte. Man beschloss, die Kolonisten mit größeren Betriebseinheiten über 20 ha Land auszustatten. Der Schwerpunkt der Kolonisation sollte zwar in Westlitauen liegen, doch zusätzlich sollten auch in Mittellitauen „deutsche Inseln“ entstehen.<sup>32</sup> Eine geschlossene Besiedlung erlaubte die politische Situation in Litauen allerdings nicht. Die deutsche Herrschaft in Litauen war keineswegs so allmächtig, wie sie sich nach außen gab. Die in den ersten Kriegstagen noch vor dem Einmarsch der deutschen Truppen gebildete provisorische litauische Regierung hatte in den Monaten vor ihrer Auflösung am 13. September 1941 eine funktionierende litauische Selbstverwaltung aufgebaut.<sup>33</sup> Der Generalkommissar v. Renteln setzte anstelle der entlassenen litauischen Minister ihm genehmere litauische Generalräte aus den Reihen der Rechtsextremen und Rechtskonservativen ein, die die litauischen Behörden in seinem Auftrag leiten sollten. Doch die deutsche Zivilverwaltung besaß im gesamten Litauen lediglich 660 deutsche Mitarbeiter, so dass sie lediglich eine Oberaufsicht ausüben konnte. Das Fehlen zuverlässiger deutscher Kräfte wurde deshalb als eines der Gründe für die Rückführung der Litauendeutschen vorgebracht.<sup>34</sup> Vor allem auf der unteren Ebene konnten die litauischen Behörden und die litauische Polizei die Befehle der deutschen Okkupationsverwaltung erfolgreich unterlaufen.<sup>35</sup> Das Generalkommissariat war daher auf die Mitarbeit der 20.000 litauischen Angestellten in der litauischen Selbstverwaltung angewiesen, denn die Deutschen stellten lediglich 3,3% und die Litauer 80-90% des Verwaltungspersonals.<sup>36</sup> Das Ziel der litauischen nationalistisch gesinnten Selbstverwaltung war, die

---

<sup>31</sup> BA. R 49/3629: Duckarts Bericht vom 1.11.1942 über die Arbeit des AS vom 1.4.-31.10.1942.

<sup>32</sup> BA. R 49/3607: Duckarts Bericht an das Stabshauptamt vom RKFDV über seine Gespräche in Kaunas, Ende Februar 1942.

<sup>33</sup> Bubnys ... S.23-61.

<sup>34</sup> BA. R 49/3574: Duckarts Denkschrift an das Stabshauptamt des RKFDV vom 29.4.1942. ; s. a. Dieckmann, Chr.: Plan ... S.102.

<sup>35</sup> Bubnys ... S.156-161.

<sup>36</sup> Dieckmann, Chr.: Kollaboration? Litauische Nationsbildung und deutsche Besatzungsherrschaft im Zweiten Weltkrieg. In: Kollaboration in Nordosteuropa. Hrsg. v. Joachim Tauber. Wiesbaden 2006. S.128-129. ; Dieckmann, Chr.: Savivaldos ... S.125-134.

Litauer möglichst auf Kosten der Nichtlitauer zu schonen.<sup>37</sup> Für die litauische Selbstverwaltung galten Kommunisten, Polen, Russen und Juden als Feinde. Bei der Rücksiedlung der Litauendeutschen benutzte daher die deutsche Zivilverwaltung dieses Feindbild als Köder, indem sie den litauischen Generalräten zusicherte, den litauischen Grundbesitz nicht anzutasten. Die Litauendeutschen sollten dafür ihre früheren Höfe sowie die Höfe der Juden, Polen und Russen erhalten.

Bereits Ende 1941 hatte die deutsche Zivilverwaltung die litauische Selbstverwaltung ohne weitere Begründung angewiesen, den Besitz der Juden, Polen und Russen zu erfassen.<sup>38</sup> Erst nach dem im April 1942 erfolgten Kompromiss zwischen Rosenberg und Himmler wurden die Generalräte ins Vertrauen gezogen. Bei den Gesprächen mit diesen ging es vor allem um das Problem, was mit den so genannten Suwalki- und Memellitauern geschehen sollte. Anfang 1941 hatte das Deutsche Reich im Austausch mit den Litauendeutschen die Litauer und Russen aus dem Suwalki- und Memelgebiet nach Litauen abgeschoben, wo sie von den Sowjets auf den ehemaligen deutschen Höfe als Verwalter eingesetzt wurden. Aber auch in dieser schwierigen Frage fand man bald eine Lösung. Die litauische Selbstverwaltung erklärte sich bereit, die Suwalki- und Memellitauer auf größere Höfe im Osten Litauens anstelle der dort lebenden Polen umzusiedeln. In drei ausführlichen Instruktionen vom 20.7.1942, 12.8.1942 und 20.10.1942 an die litauischen Verwaltungsstellen, unterschrieben vom Generalrat für innere Angelegenheiten, J. Narakas, und vom Generalrat für Ernährung und Landwirtschaft, J. Petronis, wurde die Mitarbeit der litauischen Selbstverwaltung an der Umsetzung und Neuansiedlung der Bevölkerung geregelt.<sup>39</sup> Damit waren beide Seiten zufrieden: Die Deutschen konnten die Kolonisation als eine friedliche Rückkehr ehemaliger Bewohner Litauens deklarieren und den Kolonisten die nötige Sicherheit bieten; die litauischen Nationalisten konnten ihren Traum verwirklichen, Polen und Russen (Juden waren zu dieser Zeit bereits ermordet oder in Ghettos eingesperrt) aus Litauen zu verdrängen.

### **3. „Die Sonderaktion“**

Noch in Gotenhafen hat der energische und von seiner Aufgabe überzeugte Duckart die Kreisansiedlungsführer aus dem Kreis der Litauendeutschen bestimmt, die in den zehn zur Kolonisation freigegebenen Kreisen Kreisansiedlungsstäbe errichten sollten (später verzichtete man im Kreis Alytus auf die Ansiedlung). Auf der ersten Sitzung der Kreisansiedlungsführer am 16. März

---

<sup>37</sup> Dieckmann, Chr.: Kollaboration ... S.137.

<sup>38</sup> Bubnys ... S.352; Arbušauskaitė ... S.156.

<sup>39</sup> Arbušauskaitė ... S.156-157. Vollständiger Text aller drei Instruktionen findet sich im Anhang Nr.15-17, S.236-244.

1942 in Gotenhafen umriss Duckart die politische Dimension dieser Kolonisation:

1. Die Litauendeutschen werden nicht zurückversetzt, sondern neu eingesetzt,
2. Es gibt keinen Anspruch auf den alten Besitz von vor 1941,
3. Soweit möglich wird der ehemals deutsche mit dem polnischen, russischen und jüdischen Besitz zusammengefasst und daraus größere Betriebseinheiten von 20 ha und mehr gebildet.<sup>40</sup>

Nach Einstellung zusätzlicher Kräfte wurden in großer Eile Karteien über geeignete Kolonisten sowie über die zu vergebenden Objekte erstellt und bestimmt, wo die Rücksiedler einzusetzen werden. Auf dem bäuerlichen Sektor wurden 6597 Höfe mit 122.711 ha Land und auf dem nichtbäuerlichen Sektor 4.193 Häuser registriert.<sup>41</sup> Der AS wurde auf 13 Abteilungen aufgestockt. Die Mitarbeiter sollten einheitliche Uniformen der VoMi tragen.<sup>42</sup> Da der RKFDV mit Geld reichlich ausgestattet war und praktisch ohne Haushalt arbeitete<sup>43</sup>, konnte auch der AS in Kaunas aus dem Vollen schöpfen. Für die erste Stufe der Kolonisation 1942 beantragte Duckart 4,5 Millionen RM.<sup>44</sup>

Die hektischen Vorbereitungen liefen auch dann weiter, als Hitler Mitte März 1942 unerwartet die Rückführung der Litauendeutschen mit der Begründung untersagte, dass diese „erst die Idee des großdeutschen Gedankens und der nationalsozialistischen Weltanschauung wirklich begreifen und erleben lernen“ sollten.<sup>45</sup> Auf die Rückführung der Litauendeutschen soll Hitler erst durch eine Anfrage litauendeutscher Wehrmachtangehöriger aufmerksam geworden sein, was aber unwahrscheinlich ist, denn Hitler war über die internen Auseinandersetzungen um die Ostsiedlung zwischen Rosenberg und Himmler stets bestens informiert. Da für ihn die Streitigkeiten unter seinen Paladinen zu seinem Führungsstil gehörten, mischte er sich in der Regel nur dann ein, wenn ihn die streitenden Parteien um eine Entscheidung baten.<sup>46</sup> Aber nach Hitlers Reaktion beeilten sich die betroffenen Stellen, das Ostministerium und der RKFDV, Hitler von der Wichtigkeit und Bedeutung der Rücksiedlung der Litauendeutschen gemeinsam zu überzeugen. Duckart, der erst am 25. April 1942 von der Entscheidung Hitlers erfuhr, unterbreitete seiner vorgesetzten Instanz eine Reihe von Gründen für die Rücksiedlung:

1. In Litauen fehle es an deutschen Kräften,

---

<sup>40</sup> BA. R 49/3607: Protokoll der Sitzung der Kreisansiedlungsführer vom 16.3.1942.

<sup>41</sup> BA. R 49/3615: Duckarts Bericht über die Arbeit des AS vom 1.11.1942.

<sup>42</sup> BA. R 49/3604: Duckarts Schreiben an die Mitarbeiter vom 26.2.1942.

<sup>43</sup> Leiniger ... S.64: Der RKFDV gab bis Ende 1942 800 Milliarden Reichsmark aus.

<sup>44</sup> BA. R 49/3604: Duckarts Voranschlag vom 26.6.1942.

<sup>45</sup> Stossun ... S.159.

<sup>46</sup> Über Hitlers Herrschaftsform siehe: Kershaw, Jan: Hitler. Bd.1: 1889-1936. Stuttgart 1998. S.665-681.

2. Die Planung sei schon sehr weit fortgeschritten,

3. 400 Litauendeutsche seien bereits zur Beaufsichtigung der Höfe in Litauen eingesetzt.<sup>47</sup>

In ihrer Verzweiflung bedrängten auch die ehemaligen Funktionäre des aufgelösten Kulturverbandes Himmler, bei Hitler zu erwirken, dass „die Litauendeutschen zum Wohle des Neuaufbaus des Ostens baldmöglichst zum Einsatz kommen“.<sup>48</sup> Weil aber weder das OMi noch der RKFDV die Vorbereitungen für die Kolonisation stoppten, spricht alles dafür, dass die verantwortlichen Stellen die Anweisung Hitlers nur als eine Verärgerung auffassten und auf eine Umstimmung in einem günstigen Moment hofften, was ihnen Mitte Mai 1942 auch gelang.<sup>49</sup>

Nach einem logistisch minutiös ausgearbeiteten Plan wurden die einzelnen Siedlerfamilien aus den Lagern der VoMi abberufen. Zuerst durften nur die Familienvorstände nach Litauen einreisen, um die Höfe und Betriebe für die Ankunft der Familie herzurichten. Danach folgten die Familien, die größtenteils in Sonderzügen bis zu den neu errichteten Durchgangslagern in Kybartai und Tauragė gebracht wurden.<sup>50</sup> Hier erhielten sie die nötigen Aufenthaltspapiere für Litauen und wurden, falls der Siedlungsort nicht zu weit war, direkt von den Kreisansiedlungsstäben abgeholt. Die übrigen wurden zu Kreisansiedlungslagern weitergereicht und von hier aus auf die Höfe verteilt. In der ersten Phase im Sommer 1942 wurden die Kolonisten bevorzugt auf die Kreise entlang der ostpreußischen Grenze angesiedelt. Im Herbst folgten die übrigen Kreise. Bis zum 1. November 1942 wurden 5.159 Höfe mit 86.000 ha Land an 3.509 Familien mit 16.786 Personen zugeteilt.<sup>51</sup>

Aus deutscher Sicht verlief die Kolonisation im Jahre 1942 erfolgreich und fast ohne größere Komplikationen. Dort, wo die Litauendeutschen auf ihren früheren, jetzt allerdings mit mehr Land ausgestatteten Höfe wieder eingesetzt wurden, wurden sie, wie im Kreis Šakiai, freundlich von den ehemaligen Nachbarn begrüßt.<sup>52</sup> Manche erhielten den eigenen, in der Regel vergrößerten, Hof zurück, einige bekamen im ihrem Heimatort sogar ein besseres Anwesen zuge-

---

<sup>47</sup> BA. R 49/3574: Duckarts Denkschrift an das Stabshauptamt des RKFDV vom 29.4.1942.

<sup>48</sup> Ba. R 49/3568: Schreiben der Funktionäre des Kulturverbandes an Himmler vom 30.4.1942.

<sup>49</sup> Stossun, H.: Umsiedlungen ... S.161.

<sup>50</sup> BA. R 49/3615: Bericht des AS vom 14.9.1942.

<sup>51</sup> Stossun, H.: Umsiedlungen ... S.177.

<sup>52</sup> BA. R 49/2569: Bericht vom 17.7.1942 über die ersten Tage der Kolonisten im Kreis Šakiai.

teilt.<sup>53</sup> Offenbar waren die anderthalb Jahre zuvor auf den ehemals deutschen Höfen eingesetzten Suwalkilitauer in der Dorfgemeinschaft noch nicht so verwurzelt, dass man gegen deren Aussiedlung protestiert hätte. Ein beträchtlicher Teil der deutschen Siedler übernahmen ehemals polnischen, jüdischen oder russischen Besitz, vor allem in Mittellitauen. Ermuntert durch den im Großen und Ganzen geringen Widerstand der Litauer gegen die Kolonisation entschied sich Duckart für die Fortführung der Rücksiedlung bis in den Winter hinein. Jedoch litt die Verteilung der Kolonisten ab den Durchgangslagern im November und besonders im Dezember 1942 sehr unter schlechten Straßen und fehlenden Transportmöglichkeiten.<sup>54</sup>

Die bereits fest eingeplanten Transporte der Rückkehrer aus Deutschland im Frühjahr 1943 konnten im März nicht mehr planmäßig aufgenommen werden, weil der Generalkommissar sich entschied, während der Rekrutierung der Litauer für die SS-Legion die Kolonisation für sechs Wochen auszusetzen. Die Litauer boykottierten erfolgreich diese Mobilisierung, so dass v. Renteln eine zusätzliche Konfrontation wegen der Kolonisation vermeiden wollte. Duckart protestierte zwar gegen die Aussetzung der Kolonisation, aber v. Renteln blieb bei seiner Entscheidung.<sup>55</sup> Durch diese Verzögerung geriet der AS in eine schwierige Lage, denn die bisherigen Besitzer und Verwalter waren bereits von ihrer Zwangsumsiedlung informiert, sollten jedoch die Höfe erst nach der Ankunft der Kolonisten verlassen, um die Ausplünderung der verlassenen Höfe zu vermeiden. Erst im Mai 1943 kam die Kolonisation noch ein Mal in Gang. Jetzt wurden vorrangig die Kolonisten zurückgeführt, die für die Kreise im nördlichen Litauen und in den Städten bestimmt waren. Am Ende des Jahres 1943 waren jedoch erst zwei Drittel der für die Kolonisation vorgesehenen Landflächen vergeben und ein Teil der Litauendeutschen wartete noch immer in den Lagern der VoMi auf die Rückführung. Der negative Kriegsverlauf und die immer wieder ausgerufenen Transportsperren behinderten die Fortsetzung der Kolonisation.<sup>56</sup> Darüber hinaus wuchs in Litauen der Widerstand gegen die deutsche Kolonisation, worauf ich noch später eingehen werde.

---

<sup>53</sup> Beutner, Martha: Umwege, Fluchtwege, Gottes Wege. In: Heimatgruß. 1984. S. 80-84. Die Autorin berichtet über ihre Ankunft in ihrem Heimatort Šemeliškiai, wo sie das schönste Haus im Dorf erhielt.

<sup>54</sup> BA. R 49/3615 Duckarts Aktenvermerk vom 4.12.1942.

<sup>55</sup> BA. R 49/3572: Duckart an das Stabshauptamt RKFDV vom 8.3.1943.

<sup>56</sup> BA. R 49/3632: Duckarts Lagebericht an den Kommandeur der Sicherheitspolizei vom 27.11.1943.

Etliche Kolonisten kamen mit der Bewirtschaftung größerer Güter nicht zurecht und baten um Versetzung.<sup>57</sup> Vor allem im nördlichen Teil Litauens wuchs bald die Gefahr durch Banden und sowjetische Partisanen, so dass im Laufe des Jahres 1943 die Kolonisten bewaffnet wurden. Es wurde sogar in Erwägung gezogen, einzeln stehende Höfe aufzugeben. Bis Ende 1943 siedelte der AS 28.000 Litauendeutsche in Litauen an.<sup>58</sup>

Das Hauptgewicht der Kolonisation lag auf dem bäuerlichen Sektor. Das hing auch mit der nationalsozialistischen Einstellung zu Bauerntum und Scholle zusammen. Außerdem machten die litauendeutschen „O-Fälle“ aus dem landwirtschaftlichen Sektor sogar 63,2% aus.<sup>59</sup> Ein anderer wichtiger Grund, die bäuerliche Kolonisation vorzuziehen, war das Ziel der Deutschen, die handwerklichen Betriebe wie Mühlen, Schmieden und Sägewerke, die bis 1941 oft in deutscher Hand gewesen waren, wieder zu übernehmen.<sup>60</sup> Sie wurden noch im Jahr 1942 vorrangig deutschen Verwaltern übergeben. Da solche Betriebe vor allem in Klein- und Kreisstädten anzutreffen waren, zählten sie eigentlich zur städtischen Kolonisation. Außerdem wurden noch 1942 in den Klein- und Kreisstädten deutsche Ämter und Schulen eingerichtet, in denen überwiegend Litauendeutsche arbeiteten. Hinzu kamen die Kreisansiedlungsstäbe und sonstigen Einrichtungen der Kolonisten, so dass schon 1942 nicht nur litauendeutsche Bauern, sondern auch Litauendeutsche mit anderen Berufen aus dem Reich zurückgeholt wurden. Die bisherige Forschung hat die städtische Kolonisation zu oft auf die Ansiedlung der Deutschen in Kaunas, dem Hauptsitz der deutschen Okkupationsverwaltung, beschränkt. Dabei entstanden wichtige Zentren deutscher Siedler auch in mittleren Städten wie in Marijampolė, Vilkaviškis, Tauragė, aber auch in den größeren, vor allem in Šiauliai. Nur in der größten Stadt Litauens, in Vilnius, hat man wenige Kolonisten eingesetzt, weil in den Kreisen Ostlitauens keine Kolonisation durch Deutsche vorgesehen war.

Zu Beginn der Kolonisation war es geplant, etwa 1200 deutsche städtische Familien nach Litauen zurückzubringen. Dafür hätte man ca. 1400 Wohnungen benötigt.<sup>61</sup> Die Rückkehrer sollten allerdings nicht in ihre früheren Wohnungen und Häuser eingesetzt werden, sondern Wohnungen von besserer Qualität be-

---

<sup>57</sup> BA. R 49/3618: Duckarts Anordnung vom 19.3.1943, weitere Hofumsetzungen zu unterlassen.

<sup>58</sup> BA. R 49/3574: Duckarts geheimer Bericht vom 10.11.1943.

<sup>59</sup> Stossun ... S.146.

<sup>60</sup> BA. R 49/3568: Duckarts Bericht über die Rückführung der Deutschen vom 29.4.1942.

<sup>61</sup> BA. R 49/3568: Duckarts Schreiben über den Beginn der Kolonisation auf nichtbäuerlichem Sektor vom 12.5.1942.

kommen, von denen es jedoch in litauischen Städten nicht sehr viele gab, denn es herrschte hier ein akuter Mangel an Wohnungen. Aus politischen Gründen entschied v. Renteln, dass die alteingesessenen Litauer nicht aus ihren Wohnungen ausgesiedelt werden sollten, sondern nur solche, die nach dem 1. September 1939 in die Städte gezogen waren. Wegen der zu erwartenden Unruhen nahm man jedoch bald von dieser Idee Abstand. Der AS hatte in seiner Kartei 4193 Häuser bzw. Wohnungen in den Städten erfasst, die an die Deutschen vergeben werden sollten.<sup>62</sup> Allerdings fehlt in den Quellen der Hinweis, ob sie tatsächlich für die Deutschen freigemacht wurden. Ein Teil der registrierten polnischen, jüdischen und ehemals deutschen Häuser und Wohnungen, waren bereits von der deutschen Zivilverwaltung belegt. Im September 1942 erließ der Stadtkommissar von Kaunas, Cramer, einen Aufruf an die Stadtbevölkerung, freiwillig auf ihre Wohnungen zu verzichten, weil 800 deutsche Familien nach Kaunas zurückkehren würden.<sup>63</sup> Zugleich sollten die Wohnungen gemeldet werden, die vor 1941 in deutscher Hand gewesen waren. Den derzeitigen Bewohnern dieser Wohnungen versprach man einen Ersatz. Offenbar wurde dieser Aufruf kaum befolgt, denn am 28. Januar 1943 ließ die deutsche Zivilverwaltung 150 polnische Familien zwangsweise aus ihren Wohnungen in Kaunas ausquartieren. Das löste in der Stadt heftige Proteste aus.<sup>64</sup> Im April 1943 verlangte der AS vom Stadtkommissar, 13 Wohnungen für den AS in der Stadt zu räumen.<sup>65</sup>

Es gibt keine gesicherten Zahlen, wie viele städtische Familien nach Litauen zurückgebracht wurden. Die Zahlen der Rücksiedler in Kaunas für das Jahr 1942 schwanken zwischen 439 Familien<sup>66</sup> und 600 Familien<sup>67</sup>. Im Frühjahr 1943 erwartete der Generalkommissar sogar 2.250 Familien für den städtischen Sektor.<sup>68</sup> Duckart gab die Zahl der städtischen Familien, die nach Litauen zurückgebracht werden sollten, mit 1850 an, und 580 Familien, deren Ankunft im November 1943 erwartet wurde.<sup>69</sup> Man kann deshalb davon ausgehen, dass

---

<sup>62</sup> BA. R 49/3615: Bericht des AS vom 1.11.1942 über seine Arbeit von 1.4. – 30.10.1942

<sup>63</sup> Kauener Zeitung. Vom 29.9.1942.

<sup>64</sup> Stossun... S.201.

<sup>65</sup> BA. R 49/3607: Duckart an den Stadtkommissar Cramer vom 3.4.1943.

<sup>66</sup> Lietuvos centrinis valstybinis archyvas (Zentrales Staatliches Archiv Litauens, LCVA). F. R- 738-1-8 : Meldung des stellvertretenden Leiters der NSDAP in Kaunas, Harders, an die Landesleitung der NSDAP in Riga vom 26.8.1943.

<sup>67</sup> Stossun ... S. 199. ; Arbušauskaitė.... S. 171: gibt die Zahl der Rückkehrer in Kaunas am 1.1.1944 mit 2.220 an.

<sup>68</sup> Arbušauskaitė ... S.174: beruft sich auf den Bericht des GK an Lohse vom 18.3.1942, BA. R 90/354.

<sup>69</sup> BA. R 49/3574: Duckartes geheimer Bericht über die Rücksiedlung vom 10.11.1943.

insgesamt ca. 5.000 Litauendeutsche städtischer Herkunft nach Litauen zurückgebracht wurden. Sie wurden zumeist in der deutschen Verwaltung und in Ämtern eingesetzt oder arbeiteten als Verwalter von Betrieben und als Selbständige. Arbeit in litauischen Betrieben und in den Ämtern unter litauischer Verwaltung war dagegen den Deutschen untersagt. Die Bezahlung der Deutschen entsprach den Löhnen in Deutschland. Zusätzlich erhielten sie noch Lohnzuschüsse aus den Mitteln der NSDAP.<sup>70</sup> Den deutschen Stadtbürgern standen eigens für Deutsche eingerichtete Geschäfte, Restaurants, Friseurläden usw. zur Verfügung, wo sie ohne das übliche Schlangenstehen bedient wurden. Litauer wurden hier nicht hineingelassen.

#### **4. Die Mitbeteiligung der litauischen Selbstverwaltung an der Kolonisation und die Zwangsumsiedlungen der Vorbesitzer**

Der AS in Kaunas konnte zwar auf Erfahrungen anderer Ansiedlungsstäbe, vor allem in Polen, zurückgreifen, musste jedoch bald feststellen, dass in Litauen einiges anders war, weil hier die litauische Selbstverwaltung in die Kolonisationsvorgänge einbezogen werden sollte. Die Kolonisation Litauens war nur mit Unterstützung der litauischen Behörden und der Polizei möglich. Die litauische Selbstverwaltung registrierte nicht nur die polnischen, russischen und jüdischen Höfe und gab sie an den AS weiter; sie sorgte auch für die Umsiedlung von mehr als 12.000 Suwalki- und Memellitauern, die im Frühjahr 1941 auf den von den Litauendeutschen verlassenen Höfen eingesetzt worden waren.<sup>71</sup> Bei der neuerlichen Umsiedlung durften diese litauischen Familien lediglich 15 kg Nahrungsmittel pro Person und eine Kuh, ein Schwein und fünf Hühner pro Familie mitnehmen.<sup>72</sup> Sie wurden von den parallel zum deutschen AS eingerichteten litauischen Ansiedlungsstäben auf polnischen Höfen im Osten Litauens angesiedelt, aus denen die polnischen Hofbesitzer zur Arbeit in das Deutsche Reich abtransportiert wurden, ohne dass diese irgendetwas mitnehmen durften. Die litauischen Behörden mussten auch diejenigen polnischen und russischen Hofbesitzer vertreiben, deren Höfe in den Kreisen lagen, die für die deutsche Kolonisation vorgesehen waren.

Die zwischen den deutschen und litauischen Behörden ausgehandelte Übergabe von intakten Höfen mit vollständigem Inventar und Viehbestand an die Deutschen hat in der Praxis selten funktioniert. Sobald ein Vorbesitzer von der bevorstehenden Umsetzung oder Vertreibung hörte, sorgte er dafür, dass das bessere Inventar und vor allem das Vieh fortgeschafft wurden. Nur in wenigen Fällen konnten die deutschen Neusiedler in West- und Mittellitauen und die litauischen in Ostlitauen intakte Höfe übernehmen. In vielen Fällen fehlten

---

<sup>70</sup> Wie oben.

<sup>71</sup> Arbušauskaitė ... S.159-161.

<sup>72</sup> Bubnys... S.353 ; Siehe auch die Instruktion Nr.1 bei Arbušauskaitė auf S. 359.

sogar die Fenster und die Herde waren zerstört. Allein aus den drei westlichen Kreisen Vilkaviškis, Marijampolė und Tauragė, wo sich früher die meisten deutschen Höfe befanden, wurden 12.859 Suwalki- und Memellitauer in der Mehrzahl in das von Polen bewohnte Wilnagebiet umgesiedelt. Dort wurden sie von der ansässigen polnischen Bevölkerung äußerst feindselig empfangen und von polnischen Partisanen teilweise wieder vertrieben.<sup>73</sup> Noch schlimmer erging es den ausgesiedelten Polen in den mittellitauischen Kreisen. Man brachte sie zuerst in Lagern unter, von denen man die Männer ins Reich zur Arbeit abtransportierte und die Frauen und Kinder bei Polen in den Kreisen Ostlitauens unterbrachte. Ein ähnliches Schicksal erwartete auch die ca. 10.000 Suwalkirussen, die Anfang 1941 von den Deutschen nach Litauen abgeschoben wurden.<sup>74</sup> Da die meisten dieser Russen Altgläubige waren, schlug der Zentralrat der Altgläubigen in Litauen vor, sie in ihre Dörfer aufzunehmen. Nach Einwilligung von v. Renteln wurden die ca. 5.000 Altgläubigen von ihren Glaubensgenossen aufgenommen.<sup>75</sup> Die orthodoxen Russen dagegen verblieben meistens als Arbeiter auf den von den Deutschen übernommenen Höfen.<sup>76</sup> Nach vorsichtigen Schätzungen wurden während der deutschen Kolonisation mindestens 22.000 Litauer, Polen und Russen umgesiedelt bzw. vertrieben.<sup>77</sup>

Offensichtlich gab es einen erheblichen Widerstand seitens der litauischen Polizei bei der „Freimachung“ der Höfe. Der deutschen Verwaltung und dem AS blieb nichts anderes übrig, als sie mit Versprechungen zu beruhigen. Um die litauische Polizei für die Zwangsaussiedlung der bisherigen Besitzer und Verwalter der Höfe und Wohnungen zu gewinnen, garantierte ihr der AS, dass kein litauischer Besitzer seinen Hof, den er vor Juni 1940 sein Eigentum nannte, einem Deutschen überlassen muss.<sup>78</sup> Zugleich wurde versprochen, dass die litauischen Polizisten einen anderen gleichwertigen Hof erhalten würden, falls ihr Hof ausnahmsweise von der Enteignung betroffen wäre. Darüber hinaus bemühten sich die deutschen Stellen, im Hintergrund zu bleiben und die Sied-

---

<sup>73</sup> Bubnys... S.359 ; Arbušauskaitė... S.165-166.

<sup>74</sup> BA. R 49/3574: Vorschlag vom AS vom 11.5.1942.

<sup>75</sup> BA. R 49/3572: Bericht des Zentralrates der Altgläubigen vom 9.11.1942 an v. Renteln über die Umsiedlung der altgläubigen 648 Familien mit ca 5.000 Personen ; s. a. Arbušauskaitė ... S.166-170.

<sup>76</sup> BA. R 49/3570: Duckarts Schreiben vom 7.7.1943 an die Kreisansiedlungsstäbe, in dem er von der Zufriedenheit der deutschen Kolonisten mit den suwalkirussischen Arbeitern berichtet.

<sup>77</sup> Dieckmann... Plan... S.115.

<sup>78</sup> Stankėris, Petras: Lietuvių policija Antrajame pasauliniame kare (Litauische Polizei im Zweiten Weltkrieg). Vilnius 2008. S.388. Die Vereinbarung (LCVA, F.R.-1018-1-93. S.55 ff) wurde vom Leiter der litauischen Polizei und dem Führer der deutschen Ordnungspolizei, Hans Hachtel, nach Absprache mit Duckart im Dez. 1942 geschlossen.

lungsmaßnahmen als eine Angelegenheit der litauischen Selbstverwaltung erscheinen zu lassen.

Nach den schlechten Erfahrungen bei der Übergabe der Höfe wurden die litauischen Behörden angewiesen, die Besitzer bzw. Verwalter der Höfe, insbesondere die Polen, möglichst spät von der Zwangsumsiedlung zu informieren.<sup>79</sup> Man ging dazu über, die Hofbesitzer erst beim Eintreffen des deutschen Familienvorstandes von der Übernahme zu informieren. Hierbei erhielten sie ein Schreiben, dass ab diesem Tag ein Deutscher die Leitung des Hofes übernehmen werde, der Altbesitzer aber noch sechs Wochen als Verwalter auf dem Hof bleiben solle.<sup>80</sup> Bei Sabotageakten, bei Nichtbefolgung des Befehls oder der Veräußerung des Eigentums seien „die Suwalkirussen und das polnische Element sofort zu erhängen oder zu erschießen“.<sup>81</sup> Nur bei den litauischen Besitzern und Verwaltern wagte man eine solche Androhung nicht.

Die auf der litauischen Seite errichtete und von J. Bobelis geleitete Hauptumsiedlungskommission unterstand dem Generalrat für innere Angelegenheiten und die zehn litauischen Kreisumsiedlungskommissionen den Kreisleitern für die Landwirtschaft.<sup>82</sup> Der AS leitete die Listen mit Höfen, an denen er kein Interesse hatte, an die litauische Hauptumsiedlungskommission weiter. Auf solchen Höfen durften dann die litauischen Kommissionen die litauischen Umsiedler einsetzen. Bei der ganzen „Sonderaktion“ führten die litauischen Umsiedlungskommissionen lediglich die Anweisungen der deutschen Stellen aus. Sie hatten kein Recht, die Entscheidungen des AS zu ändern. Bobelis wies seine Kreisumsiedlungskommissionen an, eng mit den Vertretern des AS zusammen zu arbeiten, und bat, von voreiligen Bereisungen der Höfe vor der Umsiedlung abzusehen, um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen.<sup>83</sup>

Klagen der litauischen Kreisumsiedlungskommissionen gab es vor allem deshalb, weil diejenigen Litauer, die 1940/1941 von den Sowjets aus dem Grenzgebiet entlang der Grenze zum Deutschen Reich mit ihrer ganzen Habe ausgesiedelt und auf den ehemals deutschen Höfen angesiedelt wurden, jetzt laut Vereinbarung ihr Eigentum an Vieh, Getreide und Inventar den Deutschen überlassen sollten. Duckart wies die Verantwortung dafür zurück und verwies

---

<sup>79</sup> BA. R 49/3615: Duckart vom 19.10.1942. Um die Polen nicht zu beunruhigen, sollten die litauischen Dienststellen, in denen auch Polen beschäftigt waren, keine Siedlerlisten erhalten.

<sup>80</sup> Arbušauskaitė ... S.159-160. Hier ist der litauische Text an die litauischen Hofbesitzer bzw. Verwalter abgedruckt. Der deutsche Text ist veröffentlicht bei Stossun, S.185.

<sup>81</sup> BA. R 49/3569: Bericht des Leiters des Einsatzstabes des AS, Abel, vom 12.7.1942.

<sup>82</sup> Arbušauskaitė ... S.158 ; BA. R 49/3574: Duckarts Bericht vom 28.7.1942.

<sup>83</sup> BA. R 49/3570: Bobelis an Duckart vom 19.8.1942.

auf die Absprachen mit den litauischen Behörden.<sup>84</sup> Um aufkommende Probleme besser vor Ort zu beheben, wurden noch am 8.7.1942 die Bildung von deutsch-litauischen Dreierkommissionen auf Kreisebene beschlossen, bestehend aus Vertretern des AS, der Ostland-Gesellschaft und der litauischen Kreischefs.<sup>85</sup> Aber auch dieses Entgegenkommen konnte die Unzufriedenheit der litauischen Umsiedlungskommissionen mit ihrer Arbeit und ihre steigende Verbitterung nicht verringern, denn sie mussten die Zwangsaussiedlungen vornehmen und ernteten dafür die Wut ihrer Landsleute. Die litauische Kreisumsiedlungskommission in Panevėžys lehnte es sogar von Beginn an ab, die Anweisungen der litauischen Hauptumsiedlungskommission zu befolgen mit dem Hinweis, dass solche Umsiedlungen keine rechtliche Grundlage hätten, da eine Umsiedlung nach litauischem Recht nur mit einem richterlichen Beschluss erfolgen dürfe. Die Kreisumsiedlungskommission von Panevėžys verweigerte in der Folge ihre Mitarbeit, protestierte gegen die von der Hauptumsiedlungskommission erlassenen Instruktionen und bescheinigte allen, die auf der Umsiedlungsliste als Polen geführt wurden, dass sie litauische Bürger seien. Bobelis ermahnte die Kommission, dass es nicht ihre Aufgabe sei, ihre Meinung kundzutun, konnte sie aber nicht umstimmen. Schließlich löste sich die Kommission auf. Der Kreischef musste die Aufgaben dieser Kommission übernehmen.<sup>86</sup>

Offenbar griffen die Kreisumsiedlungskommissionen sowie die litauische Polizei nicht ein und tolerierten es, wenn die bisherigen litauischen Besitzer bzw. Verwalter ihre Habe vor der Umsiedlung verschwinden ließen, so dass die deutschen Kolonisten „in völlig ausgeplünderte Wirtschaften“ kamen.<sup>87</sup> Der AS klagte immer wieder, dass „die litauischen Dienststellen Schwierigkeiten bereiten wo sie nur können“.<sup>88</sup> Aber der Spielraum der deutschen Instanzen, darunter auch des SS-Ansiedlungstabes, war begrenzt, denn man war auf die Mitarbeit der litauischen Dienststellen angewiesen. Duckart musste einsehen, dass man „in Litauen keine Parole ausgeben kann, dass die Litauer Feinde sind, wie das in Polen der Fall ist“.<sup>89</sup> Daher gab der AS bei Streitigkeiten mit litauischen

---

<sup>84</sup> BA. R.49/3568: Klage der litauischen Kreisumsiedlungskommission von Tauragė vom 15.12.1942 und die Antwort von Duckart an Bobelis vom 23.1.1943.

<sup>85</sup> BA. R. 49/3569: Anordnung über die Bildung der Dreierkommissionen vom 8.7.1942.

<sup>86</sup> Arbušauskaitė ... S.158. Beschluss der Kreisumsiedlungskommission von Panevėžys vom 3.11.1942.

<sup>87</sup> BA. R. 49/3607: Schreiben des AS über die Notwendigkeit, die Kolonisten mit Bedarfsgegenständen auszustatten, Mitte 1943.

<sup>88</sup> BA. R. 49/3615: Duckart an v. Renteln wegen Abgaben der Kolonisten vom 27.8.1942.

<sup>89</sup> BA. R. 49/3571: Duckarts interne Überlegungen, ohne Titel und Datum, vermutlich von Mitte 1942.

Stellen um den Besitz der Litauer in einzelnen Fällen nach. Duckart gab schließlich die Anweisung, das Eigentum und die Arbeitsleistung der Litauer zurück zu erstatten. Die Polen dagegen sollten weiterhin grundsätzlich nichts erhalten.<sup>90</sup>

Es ist nicht auszuschließen, dass bei einer entschiedenen Ablehnung der deutschen Kolonisation durch die litauische Selbstverwaltung das ganze Ansinnen von Himmler und dem OMi nicht zu verwirklichen gewesen wäre. Doch die litauische Selbstverwaltung, vor allem die von den Deutschen eingesetzten Generalräte, erblickten in der deutschen Kolonisation ihrerseits die Möglichkeit, Polen und Russen aus Litauen loszuwerden. Die deutsche Kolonisation, die zu einer größeren Umsiedlungsaktion der Bevölkerung in Litauen führte, ist zugleich ein Beispiel für die Kollaboration mit den Besatzern.

Natürlich unternahmen der AS und der Generalkommissar v. Renteln alles, um die Kolonisation zu verharmlosen und die Rückkehr der Litauendeutschen als eine Rückgabe des „ihnen zustehenden Bodens unter Ausnutzung nichtlitauischen Besitzes“ darzustellen. Sie verwiesen darauf, dass diese Maßnahmen vom Generalrat für das Innere sowie dem Generalrat für die Landwirtschaft im Geist der deutsch-litauischen Zusammenarbeit vorbereitet worden seien.<sup>91</sup> Nach den ersten öffentlichen litauischen Protesten gegen die Kolonisation versuchte Duckart die litauische Öffentlichkeit zu beruhigen, dass die Rückkehr der Litauendeutschen absolut gerechtfertigt sei, da es sich ja um Land handelt, das in deutscher Hand war, und dass nicht alle Litauendeutschen zurückkehren würden und somit Litauen nicht mit Deutschen überschwemmt werde.<sup>92</sup>

### **5. Die Sonderstellung der deutschen Kolonisten**

Der AS beschrieb den Rückkehrern ihre Aufgaben in Litauen folgendermaßen:

1. Sie kehren als echte deutsche Bauern in ihre Heimat zurück ;
2. Sie vertreten „als deutscher Mensch und Bauer das eigene große Reich“.<sup>93</sup>

Noch in den Lagern wurden die zukünftigen Rückkehrer auf ihre Rolle als „Herren“ in Litauen vorbereitet. Sie sollten mit den Litauern zwar kameradschaftlich, aber nicht als Gleiche unter Gleichen umgehen.<sup>94</sup> Die Kolonisten sollten in keiner Weise litauischen Dienststellen unterstehen oder Anweisungen von diesen annehmen. Für sie als Teil der deutschen Herrschaft waren ausschließlich deutsche Behörden zuständig. Die Kolonisten besuchten deutsche Schulen, wurden medizinisch von deutschen Ärzten behandelt, erhielten Kredi-

---

<sup>90</sup> BA. R 49/3570: Duckarts Anweisung vom 17.5.1943.

<sup>91</sup> Kauener Zeitung. Vom 20.8.1942.

<sup>92</sup> Kauener Zeitung. Vom 22.10.1942.

<sup>93</sup> Text des Aufrufes „An den deutschen Umsiedler“, erstellt vom GK und dem AS von Mitte 1942, in: Stossun ... S.186 ; s. a. BA. R.49/3568.

<sup>94</sup> BA. R 49/3615: Merkblatt an die Umsiedler in den Lagern vom 24.2.1942.

te von deutschen Banken. Deutsche Behörden kümmerten sich um die Rückkehrer, deutsche Standesämter standen ihnen zu Verfügung. Nur ihre Abgaben an den Staat mussten die Kolonisten noch eine Zeitlang an die litauische Selbstverwaltung abliefern und sich gemeinsam mit Litauern an den Gespanndiensten beteiligen. Aber bald klagten die Siedler über ihre Übervorteilung seitens der litauischen Behörden, dass sie bei den Gespanndiensten übermäßig oft eingesetzt würden. Auch bei Abgaben und Gespanndiensten wollten sie keine Anweisungen litauischer Stellen befolgen.<sup>95</sup> Schließlich wurde es beschlossen, dass sie Gespanndienste nur noch auf Anweisung deutscher Stellen zu leisten hätten. Teilweise wurden die Kolonisten auch ganz von Gespanndiensten befreit, da sie zu wenige Pferde besaßen.<sup>96</sup> Die Kolonisten wurden für die Jahre 1942 und 1943 von der Grundsteuer, die an die litauische Finanzverwaltung abzuführen war, freigestellt und brauchten lediglich den Zuschlag bis zu 50% entrichten, der für die Ortsverwaltung vorgesehen war.<sup>97</sup>

Die litauische Landwirtschaft war mit hohen Abgaben und Steuern belegt. Je Hektar Land mussten die Bauern 590 kg Roggen, 148,5 kg. Hafer, 169 kg. Gerste, 49 Zentner Kartoffeln, 70 kg Heu, 29 kg Stroh, 1,55 kg Schweinefleisch und 0,75 kg Rinderfleisch zu einem sehr niedrigen Preis abliefern.<sup>98</sup> Bei Nichterreichen des Solls drohten den litauischen Bauern Gefängnis und sogar Erschießung, was auch mehrmals statuiert wurde. Ähnliche Abgaben mussten auch die Kolonistenhöfe leisten, sobald die deutschen Kreisansiedlungsstäbe bestätigten, dass sie dazu in der Lage waren. Bei den Abgaben gab es kein Entgegenkommen seitens der deutschen Verwaltung, da das Reich auf die Lieferung aus den besetzten Gebieten angewiesen war: „Jeder Umsiedler, der nicht im vollem Umfange ... dieser selbstverständlichen Pflicht nachkommt, muss als Verräter ... bezeichnet werden“. Es wurde mit strengen Strafen und mit dem Verlust des Hofes gedroht.<sup>99</sup> Einigen deutschen Bauern nahm man tatsächlich die Höfe weg und schob sie ins Reich ab.<sup>100</sup> Allerdings erhielten die Kolonisten für ihre Erzeugnisse, die sie an die litauischen Genossenschaften „Lietūkis“ und „Maistas“ abliefern mussten, höhere „Festpreise“ als die Litauer.<sup>101</sup>

---

<sup>95</sup> BA. R 49/3615: Duckart an den GK wegen den Abgaben der Kolonisten vom 27.8.1942.

<sup>96</sup> BA. R 49/3632: Lagebericht des AS an den deutschen Kommandeur der Sicherheitspolizei vom 27.11.1943.

<sup>97</sup> BA. R 49/3623: Der GK an den AS vom 13.5.1943.

<sup>98</sup> Bubnys... S.334.

<sup>99</sup> Kauener Zeitung. Vom 8.10.1943.

<sup>100</sup> BA. R 6/118: Bericht des AS vom Ende 1943: 17 Familien wurden wegen Missachtung der Abgabepflicht ins Reich zurückgesiedelt

<sup>101</sup> BA. R 49/3574: Duckarts geheimer Bericht über den Verlauf der Rücksiedlung vom 10.11.1943.

## II. Das Leben der Kolonisten

### 1. Die Versorgung der Kolonisten

Die litauendeutschen O-Fälle hatten mit großer Sehnsucht und Ungeduld auf die Rückkehr in die Heimat gewartet: „Es war wie eine Befreiung von einem bösen Alpdruck, als im Frühling 1942 die Rücksiedlung nach Litauen anrollte und als im Herbst desselben Jahres auch die Familienangehörigen den vorausgegangenen Männern nachziehen durften. Die alte Heimat wurde zum zweiten Mal unerwartet wiedergeschenkt“.<sup>102</sup> Man hatte das eingeschränkte und überwachte Leben in den Lagern satt und man sehnte sich nach einer selbstständigen Arbeit. Jubel löste die Rückkehr in die Heimat, in die vertraute Umgebung aus. Die Rückkehrer lebten in der Vorstellung, dass sie ihren alten Besitz in der gewohnten Umgebung zurück erhalten werden. Daran aber waren weder der RKFDV noch die deutsche Zivilverwaltung in Litauen interessiert. Für die beiden für die Kolonisation in Litauen verantwortlichen Instanzen war aus wirtschaftlichen und politischen Erwägungen die Zuteilung größerer Betriebe wie vor 1941 wichtiger. Die Durchschnittsgröße der verteilten Höfe belief sich auf 24 ha Land, wobei in den nördlichen Kreisen größere Betriebe über 30 ha bis hin zu 100 ha dominierten.<sup>103</sup> Da der AS nicht auf den litauischen Altbesitz zurückgreifen konnte, war nur eine Streusiedlung möglich. Duckart beklagte sich sehr, dass eine geschlossene Siedlung nicht in Frage kam. Deshalb sei er besonders bemüht gewesen, den Deutschen möglichst viel an Grund und Boden zu geben.<sup>104</sup> Obwohl die VoMi und die Lagerleitungen genügend Zeit hatten, die Litauendeutschen auf diese „Sonderaktion“ vorzubereiten, wussten die Rückkehrer offensichtlich wenig, was sie in Litauen wirklich erwartete. Sie kamen jedenfalls mit großen Erwartungen nach Litauen an und waren enttäuscht, dass sie größtenteils in einer fremden Umgebung angesiedelt wurden und dass sie die Höfe oftmals in einem desolaten Zustand vorfanden. Dabei gab sich der AS große Mühe, die Höfe in einem ordentlichen Zustand zu übergeben. Der AS stellte Handwerkerkolonnen auf, die die Höfe noch vor der Ankunft der Kolonisten wenigstens notdürftig instand setzten. Bis Mitte 1943 wurden von den rund 4.000 Höfen 1500 repariert, 6.000 Quadratmeter Glas für neue Fenster verbraucht und sogar Schleifsteine, hergestellt aus jüdischen Grabsteinen, verteilt.<sup>105</sup> Aus litauischen Wäldern wurden 10.000 Festmeter

---

<sup>102</sup> Wagner, Gustav: Zum 20. Jahrestag der Umsiedlung. In: Heimatgruß. 1961. S.19-31. Hier S. 28.

<sup>103</sup> BA. R 49/3574: 9. Bericht des AS über den Verlauf der Rücksiedlung vom 28.8.1942. ; s. a. Stossun ... S.188.

<sup>104</sup> LCVA. F.R- 738-1-8. S.456-457: Bericht vom 5.6.1943 über den Kreistag in Šiauliai, auf dem Dr. Duckart einen Vortrag über die Umsiedlung hielt.

<sup>105</sup> BA. R 49/3607: Der AS über die Ausstattung der Kolonisten, Mitte 1943.

Holz eingekauft.<sup>106</sup> Noch Ende 1943 befanden sich die meisten litauendeutschen Handwerker im Baueinsatz und waren deshalb selbst noch immer nicht angesiedelt, was man jedoch bald vornehmen wollte.<sup>107</sup> Es gab sogar Pläne, eine deutsche Baugenossenschaft zu gründen.<sup>108</sup>

Auch nach der Ansiedlung blieben die Kolonisten weiterhin unter der Obhut des AS. Ohne die weitere Unterstützung des AS und anderer deutscher Instanzen hätten die Kolonisten die ersten Monate nicht überlebt oder wären auf die Hilfe litauischer Behörden und Nachbarn angewiesen gewesen, was unbedingt vermieden werden sollte. Zwar war, wenn es um Beistand ging, die litauische Nachbarschaftshilfe nicht nur erwünscht, sondern auch gefordert, aber Freundschaften oder gar Versippung zwischen Deutschen und Litauern sollten daraus nicht entstehen. Darauf achteten sowohl die deutsche Sicherheitspolizei (SiPo), als auch die NSDAP, die alle Deutschen, ungeachtet ihrer Mitgliedschaft in der Partei, betreute. Die Hauptarbeitsgruppe der NSDAP für Personal und Organisation, die von Harders geleitet wurde, hielt alle Vorkommnisse über „Verfehlungen“ der Deutschen fest.<sup>109</sup>

Die Kolonisten sollten völlig unabhängig von der litauischen Umgebung und Verwaltung leben können. Daher wurde ihnen eine umfassende Umsorgung und Versorgung durch die deutschen Instanzen gewährt. Die im September 1942 vom AS eingerichtete Deutsche Ein- und Verkaufsgenossenschaft (EVG) übernahm die Aufgabe, die Deutschen mit allen Waren günstig zu beliefern. Bereits Ende 1942 hatte sie 61 Mitarbeiter, Lebensmittelgeschäfte in sechs Kreisen und in vier weiteren in Vorbereitung.<sup>110</sup> Bis Ende 1943 setzte die EVG 6 Millionen RM um und unterhielt 25 Filialen, fünf Zweigstellen und mehrere Einzelgeschäfte.<sup>111</sup> Man bekam hier auch die in Litauen sonst nicht erhältlichen Waren. Für den Einkauf wichtiger Waren erhielten die Kolonisten, die am Anfang wenig Geld besaßen, Kredite durch die Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft (DUT). Die Kredite wurden mit dem 1941 in Litauen zurückgelassenen Vermögen verrechnet.<sup>112</sup> Die Kolonisten konnten bei der EVG ebenso ihre Lebensmittelkarten einlösen. Über die EVG stattete der AS die Kolonisten mit landwirtschaftlichen Maschinen, Saatgut und vor allem mit Vieh aus, das in

---

<sup>106</sup> BA. R 49/3618: Schreiben des AS über die Holzbeschaffung für den Baueinsatz vom 4.1.1943.

<sup>107</sup> BA. R 49/3574: Protokoll vom 28.10.1943 über die Arbeitstagung der Kreisansiedlungsstabführer am 27.10.1943.

<sup>108</sup> BA. R 49/31618: Entwurf zur deutschen Baugenossenschaft, vom 16.4.1943.

<sup>109</sup> LCVA. F.R- 738-1-8: In dieser Akte finden sich zahlreiche Einträge über die nationale und politische Gesinnung der Litauendeutschen sowie über ihre Kontakte zu Litauern.

<sup>110</sup> BA. R 49/3603: Jahresbericht 1942 der EVG vom 24.5.1943.

<sup>111</sup> BA. R 49/3574: Duckarts geheimer Bericht vom 10.11.1943.

<sup>112</sup> BA. R 49/3607: Bericht des AS über die Ausstattung der Siedler, Mitte 1943.

den besetzten Gebieten kaum zu bekommen war.<sup>113</sup> Größte Probleme bereitete es, Eisenwaren zu bekommen. Der AS erhielt schließlich vom Ostministerium ein 3.400 t Eisenkontingent.<sup>114</sup> Erst Ende 1943 konnten die Siedler ausreichend mit Pflügen und Kultivatoren ausgestattet werden, sowie mit bäuerlichen Verbrauchsartikeln wie Äxten, Spaten, Eimern. Nähmaschinen und Fahrräder blieben weiterhin Mangelware.<sup>115</sup> Diese Beispiele belegen, dass der AS weder Geld noch Mühe scheute, die Kolonisten besser zu stellen als die Litauer. Der deutsche Bauer erhielt Waren, Bedarfsartikel und Vieh aus den besetzten Gebieten und aus dem Reich, die auch dort bereits Mangelware waren. Dadurch standen die Kolonisten innerhalb eines Jahres besser da, als die übrige Bevölkerung Litauens und waren auch in der Lage höhere Ablieferungsmengen zu erwirtschaften.<sup>116</sup> Die Effektivität des AS kann man daran ersehen, dass er Anfang des Jahres 1944 Waren im Wert von 2,5 Millionen RM, die zur Verteilung an die Kolonisten vorgesehen waren, im Lager Eydtkau lagerte. Wie der Kommandeur der deutschen Sicherheitspolizei feststellte, befanden sich darunter auch 36.000 Pelzhandschuhe.<sup>117</sup> Sogar die bei „Lietūkis“ ursprünglich für die litauischen Bauern eingelagerten Landmaschinen und Sämereien wurden an die deutschen Siedler verteilt.<sup>118</sup> Die meisten deutschen Landwirte, vor allem solche, die mehr als 20 ha Land bewirtschafteten, mussten nicht mehr körperlich arbeiten, sondern konnten das Gut leiten. Ihnen standen ausreichend Arbeiter und Kriegsgefangene für die groben Tätigkeiten zur Verfügung.

Die auffällige Besserstellung und Bevorzugung der deutschen Kolonisten mussten Neid und auch Wut bei der übrigen Bevölkerung auslösen. Der litauische Generalrat für innere Angelegenheiten, J. Narakas, fühlte sich veranlasst zu klagen, dass die „Repatrianten“ sogar Militär-Lebensmittelkarten erhielten und auf ihren großen Höfen von Pflichtabgaben befreit waren.<sup>119</sup> Die Benachteiligung der Litauer auf diesem Gebiet war schwerwiegend. Die Litauer erhielten auf ihren Lebensmittelkarten pro Woche 1860 gr. Brot, 200 gr. Fleisch, 100

---

<sup>113</sup> BA. R 49/3623: Duckarts Schreiben an den Vorsitzenden der EVG, Richard v. Staden, vom 13.4.1943.

<sup>114</sup> BA. R 49/3623: Bericht des AS über den Erhalt des Eisenkontingents vom 15.3.1943.

<sup>115</sup> BA. R 49/3623: Bericht des AS vom 24.9.1943.

<sup>116</sup> BA. R 49/3574: Protokoll vom 28.10.1943 über eine Tagung der Kreisansiedlungsführer. Danach hatten die deutschen Bauern die Ablieferung zu 55% und die Litauer zu 8% erfüllt.

<sup>117</sup> BA. R 49/3632: Schreiben des Kommandeurs der Sicherheitspolizei an den AS vom 25.3.1944.

<sup>118</sup> BA. R 49/3603: Duckarts Anweisung an den Direktor der EVG, Lehmann, vom 3.4.1943.

<sup>119</sup> Bubnys ... S. 546: Anhang 10: Brief von J. Narakas an den Ersten Generalrat, P. Kubiliūnas, vom 19.2.1943.

gr. Butter und 400 gr. Mehl - die Deutschen dagegen 3500 gr. Brot, 1350 gr. Fleisch, 250 gr. Butter und 700 gr. Mehl.<sup>120</sup>

Die Kolonisten wurden allerdings bei der Übernahme der Höfe und Wohnungen nicht als deren neue Besitzer sondern lediglich als Verwalter eingesetzt. Nach der Besetzung des Baltikums hoben die Deutschen die von den Sowjets durchgeführten Verstaatlichungen nicht auf. Um die baltische Bevölkerung für sich zu gewinnen, ordnete Anfang 1943 der Reichskommissar für die besetzten Ostgebiete, Rosenberg, die Reprivatisierung an. Allerdings war sie nur als ein Gnadentakt bei einer politischen Bewährung einzelner Personen vorgesehen, so dass in Litauen bis Mitte 1944 lediglich 7004 Besitzern ihr früher enteignetes Eigentum zurückgegeben wurde.<sup>121</sup> Auf Drängen von Duckart plante v. Renteln auch für die Kolonisten eine Ausstellung der „Einweisungsbescheide mit Aussicht auf späteren Eigentumserwerb“.<sup>122</sup> Da aber Himmler alle Entscheidungen des OMi stets in Frage stellte, wollte er auch dieses Mal die Sache in seiner Hand behalten.<sup>123</sup> Erst Ende 1943 wurde ein Entwurf für einen „Vertrag zwischen dem Deutschen Reich, vertreten durch den Generalkommissar, und dem Umsiedler“ von den zerstrittenen Parteien vorbereitet und am 11. Februar 1944 von Rosenberg genehmigt.<sup>124</sup> Wegen der sich nahenden Front wurde die Eigentumsübertragung für die Kolonisten nicht mehr in Angriff genommen.

Die Bemühungen des AS und des Generalkommissars um eine Aufwertung des sozialen Standes der Kolonisten können natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in Einzelfällen auch bei den Kolonisten Armut und Elend gab. So berichtet der Kreisansiedlungsarzt Albert Stanat in Šakiai, dass etliche Umsiedler kein Fensterglas hätten und ihnen Töpfe sowie Eimer fehlen würden.<sup>125</sup> Und der Kommandeur der Sicherheitspolizei monierte noch Ende 1943, dass die deutschen Kinder keine Schuhe hätten und sie deshalb im Winter nicht zur Schule gehen könnten.<sup>126</sup> Solche Klagen betrafen jedoch wohl nur wenige deutsche Siedler oder sie waren vorübergehender Natur.

---

<sup>120</sup> Bubnys ... S.435.

<sup>121</sup> Stossun... S.156 ff.

<sup>122</sup> BA. NS 19/172: Stabshauptamt des RKFDV an Himmler wegen Reprivatisierung im Ostland vom 23.4.1943.

<sup>123</sup> BA. NS 19/172: Himmlers Schreiben an das Stabshauptamt des RKFDV vom 7.5.1943.

<sup>124</sup> BA. R 49/3604: Vertragsentwurf vom 22.11.1943 und die Genehmigung durch Rosenberg vom 11.2.1944.

<sup>125</sup> BA. R 49/3576: Bericht von Albert Stanat vom 15.11.1942.

<sup>126</sup> BA. R 49/3632: Lagebericht des Kommandeurs der Sicherheitspolizei, Jäger, vom 8.12.1943.

## 2. Die deutsche Verwaltung

Neben dem AS und seinen Einrichtungen begleiteten und überwachten auch noch andere deutsche Behörden und Ämter das Leben der Kolonisten. Die Kolonisten stellten schließlich fast zwei Drittel der damals in Litauen lebenden Deutschen und waren deshalb für die deutschen Instanzen die Hauptklientel. Nicht umsonst war v. Renteln von Anfang an von der Idee Himmlers, die litauendeutschen O-Fälle als Kolonisten in Litauen einzusetzen, so begeistert. Allerdings war die deutsche Verwaltung auf der Kreisebene sehr schwach ausgeprägt, so dass Duckart ironisch meinte, die deutsche Herrschaft würde nur bis zu den Gebietskommissaren reichen und die deutsche Verwaltung könne die Kleinarbeit wegen der litauischen Selbstverwaltung gar nicht leisten. Aus diesem Grund beauftragte Duckart seine Kreisansiedlungsstäbe auch mit allen anfallenden Verwaltungsaufgaben.<sup>127</sup> Neben den Kreisansiedlungsstäben ließ Duckart deutsche Stützpunkte errichten, die als Selbstverwaltungsapparat fungierten. Zur Führung der Stützpunkte gehörten politische Führer, Wehrführer, landwirtschaftliche Führer und die Leiter der EVG.<sup>128</sup> Die Stützpunkte übernahmen auch die kulturelle Betreuung der Siedler. Sie hatten obendrein die Aufgabe, alle Befehle und Anordnungen bekannt zu machen und deren Durchführung zu überwachen. Die Stützpunktleiter erhielten eine Aufwandsentschädigung. Erst als im Laufe des Jahres 1943 die deutsche Zivilverwaltung eigene Kreisdienststellen aufbaute, übernahmen diese nach und nach die Arbeit der Stützpunkte. Die früheren Leiter der Stützpunkte wurden in der Regel zu Amtsobmännern der Kreisdienststellen ernannt.<sup>129</sup> Daneben gab es noch ehrenamtliche Ämter wie Kreis-, Bezirks- und Ortsbauernführer, die sich vorrangig um landwirtschaftliche Fragen kümmerten.<sup>130</sup> Mit der Bildung dieser vielen Ämter, in denen die Kolonisten das Sagen hatten, entstand eine neue Führungsschicht der deutschen Siedler mit wachsendem Sendungsbewusstsein. Schon sehr früh musste Duckart seine Leute anmahnen, jegliche Erteilung von Befehlen an litauische Dienststellen zu unterlassen.<sup>131</sup>

Der Generalkommissar sorgte dafür, dass die Litauendeutschen im Verlauf des Jahres 1943 immer mehr in den Verantwortungsbereich der deutschen Zivilverwaltung übergangen. Sein Ziel war es, die Trennung zwischen den Reichs- und den Litauendeutschen aufzuheben. Da die Litauendeutschen seit 1941 die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, wurden sie bei der vom Reichsminister

---

<sup>127</sup> BA. R 49/3571: Duckarts Aktennotiz von Mitte 1942.

<sup>128</sup> BA. R 49/3618: Duckart über den Ausbau der Stützpunkte, vom 4.1.1943.

<sup>129</sup> BA. R 49/3604: Duckart an v. Renteln vom 15.4.1944

<sup>130</sup> Kauener Zeitung. Vom 27.8.1943.

<sup>131</sup> BA. R 49/3570: Duckarts Rundschreiben an die Führer der Kreisansiedlungsstäbe, vom 23.6.1942.

für die besetzten Gebiete eingeräumten Zählung im Januar 1943 nur noch als Deutsche, ohne einen Hinweis auf ihre Gruppenzugehörigkeit, geführt.<sup>132</sup>

### 3. Die NSDAP und die HJ

Eine besondere Bedeutung für die Kolonisten erlangte die Gebietsleitung der NSDAP in Kaunas, deren Chefamtsleiter seit 1942 Egon Dangela war.<sup>133</sup> Die NSDAP hatte den Auftrag, alle Deutschen im Osten zu betreuen, ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zur Partei. Erst nach der Anmeldung in den Geschäftsstellen der NSDAP erhielten die Deutschen ihre Lebensmittelkarten. Dabei mussten sie auch einen Fragebogen ausfüllen.<sup>134</sup> Der Fragebogen diente wohl als Grundlage für die Betreuung und die Überwachung der Deutschen. Diese Aufgabe fiel dem Stellvertreter von Dangela, Harders, zu, der der Abteilung Personal und Organisation vorstand. Die Gebietsleitung in Kaunas führte ein Register über die politische Haltung und die Einstellung der einzelnen Kolonisten zu den Litauern, aber auch über ihre Arbeitsleistung, Ablieferung der Abgaben usw. Hier einige Beispiele:

1. „Die Umsiedler Michael und Anna Gerasimiuk, Wilna, sind arbeitsvertragsbrüchig und volkstumsmäßig wenig gefestigt“<sup>135</sup>,
2. „August Hahn und seine Familie sollten aus dem Ostland entfernt werden“<sup>136</sup>,
3. „Heinrich Berg, geb. 1925, hat nicht nötig, sich als Deutscher zu bekennen, spricht im Allgemeinen Litauisch und nennt sich Henrikas Bergas und soll deshalb ins Reich zurückgeschickt werden“<sup>137</sup>, usw.

Da die Gebietskommissare zugleich Gebietsleiter der NSDAP waren, arbeiteten die SiPo, die NSDAP und die zivile deutsche Verwaltung sehr eng miteinander zusammen.

Im Rahmen der NSDAP wirkte auch die Volkswohlfahrt, die Lehrgänge für Mütter und Kindererziehung anbot. Um die Jugend kümmerte sich die HJ, die ihre Tätigkeit erst nach der Ankunft der Litauendeutschen aufnahm. Im April 1943 traten die Gruppen der HJ erstmals in Kaunas zusammen und übergaben 12 Jungen und Mädchen zur Aufnahme in die NSDAP.<sup>138</sup> Der Zulauf zur HJ hielt sich jedoch in Grenzen, da 1943 nur 38 neue Mitglieder in Kaunas aufge-

---

<sup>132</sup> LCVA. F. R-16-1-14: Anweisung des Stadtkommissars von Kaunas, Cramer, vom 8.2.1943 über die Erfassung deutscher Bewohner der Stadt laut der Verordnung des Ostministers vom 7.1.1943.

<sup>133</sup> Kauener Zeitung. Vom 22.7.1942.

<sup>134</sup> Kauener Zeitung. Vom 7.7.1942.

<sup>135</sup> LCVA. F. R-738-1-8: Harders an den GK vom 8.12.1943.

<sup>136</sup> LCVA.F.R- 738-1-8 Harders an die Zentrale der NSDAP in Berlin vom 8.12.1943.

<sup>137</sup> LCVA.F.R- 738-1-8 Harders an den Gebietsleiter der NSDAP in Kaunas vom 29.10.1943.

<sup>138</sup> Kauener Zeitung. Vom 19.4.1943.

nommen werden konnten.<sup>139</sup> Offensichtlich kam die HJ bei den kirchentreuen Litauendeutschen nicht so gut an. Manche Eltern schickten ihre HJ-Kinder zum Konfirmandenunterricht in die litauische Kirche und wiesen sogar die Aufforderung der HJ-Führerin auf Unterlassung zurück.<sup>140</sup>

1943 hatte die NSDAP 1528 Parteimitglieder in Litauen.<sup>141</sup> In diesem Jahr wurde eine Aufnahmesperre für neue Mitglieder ausgesprochen. Als daher zwanzig ehemalige Aktivisten des Kulturverbandes einen Aufnahmeantrag stellten, wurden diese trotz aller Bemühungen von Harders in Berlin abgelehnt.<sup>142</sup> Im Laufe des Jahres 1943 baute die NSDAP ihre Stützpunkte in den Kreisstädten aus und verstärkte die Arbeit in Kaunas, weil man allein hier noch 700 Rückkehrerfamilien erwartete.<sup>143</sup>

#### **4. Die Sicherheitspolizei, die Sicherheitslage der Kolonisten und ihre Freistellung vom Wehrdienst**

Auch die deutsche Sicherheitspolizei in Litauen unter der Leitung des berüchtigten SS-Standartenführers Karl Jäger<sup>144</sup> (bzw. Löhndorff ab dem 1. August 1943) unterstand Himmler als Reichsführer der SS und der Polizei. Sie besaß die größten Befugnisse in den besetzten Gebieten, war dem Ostministerium nicht unterstellt und konnte sogar Anweisungen an die Generalkommissare erteilen. Sie entschied letztlich über die Einreise in die besetzten Gebiete und vermochte jederzeit eine Abschiebung ins Reich auszusprechen oder eine Festnahme anzuordnen. Der AS war verpflichtet, regelmäßig Lageberichte an den Kommandeur der SiPo zu erstellen, in denen der Stand der Kolonisation und alle sicherheitsrelevanten Angelegenheiten wie Bewaffnung, Überfälle oder besondere Vorkommnisse aufgeführt wurden.<sup>145</sup> Die SiPo wiederum informierte den AS und die NSDAP über Auffälligkeiten einzelner Kolonisten und sprach Ausweisungen aus.<sup>146</sup> Die SiPo beobachtete und bespitzelte die Siedler

---

<sup>139</sup> LCVA. F. R-738-1-8: Harders an die HJ-Bezirksstelle in Kaunas vom 5.10.1943.

<sup>140</sup> LCVA.F.R- 738-1-8 Harders an den Stützpunktleiter in Tauragė vom 4.6.1943.

<sup>141</sup> LCVA.F.R- 738-1-8 Harders an die NSDAP-Landesleitung Ostland in Riga, vom 14.5.1943.

<sup>142</sup> LCVA.F.R- 738-1-8 Harders an den GK vom 10.5.1943; Harders an die NSDAP-Landesleitung Ostland in Riga vom 19.3.1943

<sup>143</sup> LCVA.F.R- 738-1-8 Harders an die NSDAP-Landesleitung vom 16.2.1943.

<sup>144</sup> Wette, Wolfram: SS-Standartenführer Karl Jäger, Kommandeur der Sicherheitspolizei (KdS) in Kaunas. Eine biographische Skizze. In: Holocaust in Litauen. 2003. S.77-90.

<sup>145</sup> BA. R 49/3632: Lagebericht des AS an den Kommandeur der Sicherheitspolizei vom 27.11.1942.

<sup>146</sup> LCVA. F. R-1399-1-13: Löhndorffs Anweisung an die Außendienststelle in Marijampolė über die Ausweisung des Pfarrers Karl Felgendreher vom 25.4.1944.

auf ihre Gesinnung und Kontakte mit Nichtdeutschen.<sup>147</sup> Die Siedler waren daher sehr vorsichtig im Umgang mit der Sicherheitspolizei, im Gegensatz zu den Kreisansiedlungsstellen und anderen Ämtern, in denen ihre eigenen Leute saßen, von denen sie sich nicht viel sagen ließen.<sup>148</sup>

Die ersten Rückkehrer im Sommer 1942 wurden von den Litauern im Allgemeinen zurückhaltend, von ehemaligen Nachbarn sogar freundlich empfangen.<sup>149</sup> Im Verlauf der nächsten Monate, als der Bevölkerung die Auswirkungen der Kolonisation deutlich wurden, änderte sich die Situation. Vor allem in den mittel- und nordlitauischen Kreisen, wo früher wenige Deutsche gelebt hatten, kam es bereits im Winter 1942/43 zu ersten Brandstiftungen an den Umsiedlerhöfen und zu Überfällen auf Kolonisten.<sup>150</sup> Duckart bemühte sich, die Gefahr nicht aufzubauschen und sprach bei den Überfällen von der Mitschuld der Siedler. Dennoch wurde es deutlich, dass mit der immer stärkeren Ausbeutung des Landes auch die Gefahr für die Sicherheit der Kolonisten wuchs. Deshalb ließ der AS im Sommer 1943 Jagdwaffen und Karabiner mit Munition zu Verteidigungszwecken verteilen.<sup>151</sup> Im Herbst 1943 wurden zwei Kolonisten in Kėdainiai und Raseiniai ermordet.<sup>152</sup> In der Folge baute der AS mit Unterstützung der Sicherheitspolizei einen Selbstschutz der Kolonisten aus. Einheiten der Kolonisten wurden zur Bekämpfung der Banden und Partisanen aufgestellt, Einzelhöfe der Siedler sollten bei anstehender Gefahr aufgegeben werden.<sup>153</sup> Mit der sich nahenden Front nahm auch die Tätigkeit sowjetischer Partisanen zu, die aber insgesamt wenig gegen die deutschen Kolonisten unternahmen und eher litauische Bauern überfielen.<sup>154</sup> Das hing möglicherweise mit der Bewaffnung und dem Selbstschutz der Siedler zusammen, denn in Litauen gab es nur kleine, eingeschleuste Partisanengruppen, die kein Risiko eingehen wollten. Die Litauer selbst leisteten nur passiven Widerstand gegen die deutsche Besatzung und ließen die Kolonisten mehr oder weniger in Ruhe, was aber

---

<sup>147</sup> LCVA. F. R-738-1-8: Harders an Dr. Meins, Leiter der Hauptabteilung III beim GK, vom 6.9.1943 über Treuhänder, die nicht als würdige Vertreter des Deutschtums zu betrachten sind.

<sup>148</sup> BA. R.49/3569: Besprechung des AS mit dem Gebietskommissar Gewecke in Šiauliai, vom 23.7.1942.

<sup>149</sup> BA. R.49/3659: Abels Bericht über die ersten Tage der Rückkehrer in Šakiai vom 12.7.1942.

<sup>150</sup> BA. R.49/3570: Duckarts Bericht vom 23.3.1943 und vom 9.4.1943.

<sup>151</sup> BA. R.49/3613: Duckarts Bericht vom 20.7.1943 ; BA. R.49/3618: Bestellung von Karabinern bei der Ostland GmbH vom 12.8.1943.

<sup>152</sup> BA. R.49/3570: Duckarts Bericht vom 20.12.1943.

<sup>153</sup> BA. R.49/3632: BUCKARTS Bericht über den Selbstschutz vom 30.11.1943.

<sup>154</sup> Bubnys ... S. 363

nicht unbedingt für ein gutes Auskommen der Kolonisten mit der litauischen Bevölkerung spricht.

Die für die Ostsiedlung vorgesehenen Volksdeutschen waren von der Wehrmacht freigestellt. Der RKFDV hatte im Juli 1942 die Beurlaubung der Siedler von der Wehrmacht und die Freistellung vom Reichsarbeitsdienst noch ein Mal bestätigt, da ihre Arbeitskraft für die Ansiedlung benötigt würde.<sup>155</sup> Das betraf allerdings nicht die Jüngeren ab dem Jahrgang 1919, die zum aktiven Wehrdienst herangezogen wurden. Sie wurden nur dann vom Wehrdienst befreit, wenn durch ihre Einberufung die Existenz der Kolonistenfamilie gefährdet war.<sup>156</sup> Noch in den Lagern hatte die SS intensiv für den Beitritt zur Waffen-SS geworben und viele der jüngeren Litauendeutschen waren ihr beigetreten. Im Herbst 1943 fand unter den Kolonisten eine Musterung für die Waffen-SS und die Sicherheitspolizei statt. Duckart war besorgt, dass bei weiteren Einberufungen die Frauen und Kinder in Litauen schutzlos bleiben würden.<sup>157</sup> Als aber die betroffenen Familien gegen die Einberufungen protestierten, ordnete Duckart an, die Beschwerden nicht zu bearbeiten, da sie aus Feigheit geschähen.<sup>158</sup> Weitere Einberufungen sind bis zur Flucht 1944 nicht erfolgt. Aber nach der Überschreitung der Grenze zu Ostpreußen wurden die Männer im Wehrdienstalter zum Wehrdienst eingezogen und die Älteren vom ostpreußischen Gauleiter Koch zum Arbeitsdienst verpflichtet.

### **5. Schulen, Landheimschulen und Kindergärten**

Nicht nur Hitler traute den Litauendeutschen bezüglich ihrer nationalsozialistischen Einstellung nicht viel zu. Auch Duckart, der vorgab, seine Litauendeutschen gut zu kennen, wollte sie nicht selbst überlassen, denn dann würden sie gleich untereinander Litauisch reden.<sup>159</sup> Deshalb legte Duckart großen Wert auf deutsche Schulen und Landheimschulen, die zugleich Zentren des deutschen Kulturlebens werden sollten. Weil die Abteilung für Kulturpolitik beim Generalkommissar nicht in der Lage war, für den Bedarf der Kolonisten an Schulen zu sorgen, übernahm das die Kulturabteilung des AS. Bis Ende 1942 wurden die deutschen Kinder erfasst, Schulbezirke gebildet und Schulkommissionen eingerichtet. 35 litauendeutsche Lehrer unterzogen sich einem dreimonatigen Lehrgang in Lauenburg und sollten zum 1.1.1943 in den neuen

---

<sup>155</sup> BA. R 49/3607: RKFDV an den Reichsarbeitsführer in Berlin vom 31.7.1942.

<sup>156</sup> BA. R 49/3570: Duckarts Anweisung an die Kreisansiedlungsführer vom 10.9.1942.

<sup>157</sup> BA. R 49/3632: Lagebericht des AS an den Kommandeur der Sicherheitspolizei in Kaunas vom 27.11.1943 ; s. a. Stossun ... S.196. Stossun gibt an, dass 1350 Umsiedler bei der SS und Polizei in Litauen dienten.

<sup>158</sup> BA. R 49/3570: Duckarts Anweisung vom 18.11.1943.

<sup>159</sup> BA. R 49/3571: Duckarts Entwurf von Mitte 1942.

Kolonistenschulen eingesetzt werden.<sup>160</sup> Das Ostministerium, das eigentlich für das deutsche Schulwesen in Litauen zuständig war, übernahm lediglich die Beschaffung des Lehrmaterials. Alle anderen Ausgaben sicherte der RKFDV aus den Mitteln des Reichsführer SS zu.<sup>161</sup> Alleine für den Schulaufbau im Jahr 1943 standen 380.000 RM zu Verfügung.<sup>162</sup> Es waren ca. 110 Schulen vorgesehen, welche jedoch den Schulbetrieb wegen Lehrermangels erst nach und nach im Laufe des Jahres 1943 aufnehmen konnten. Ende 1943 arbeiteten 107 Volksschulen und sieben Landheimschulen.<sup>163</sup> Die „Kauener Zeitung“ berichtete allerdings von 60 deutschen Grundschulen mit ca. 5.000 Kindern.<sup>164</sup> Im Oktober 1942 wurde die Volksschulpflicht verkündet und eine Erziehung im Geist des Nationalsozialismus versprochen.<sup>165</sup> Dennoch erregte sich der Kommandeur der Sicherheitspolizei noch Ende 1943, dass „ein großer Teil der Rück-siedlerkinder ungeschult“ sei und der Unterricht wegen fehlender Schulmittel nicht aufrecht erhalten werde.<sup>166</sup> Dieser Notstand hing offenbar mit der Umstrukturierung des AS zusammen, denn Ende 1943 wurde der AS verkleinert und das Generalkommissariat übernahm die Kindererziehung. Nur die Landheimschulen mit 600 Kindern verblieben noch eine Weile in der Hand des AS.<sup>167</sup>

Schulhelferinnen sollten den Mangel an Lehrern auffangen. An der Lehrerinnenbildungsanstalt in Elbing wurde im Herbst 1942 ein dreimonatiger Kurs für geeignete „litauendeutsche Mädels“ vorgesehen, aber von den 15 ausgewählten Kandidatinnen erschien in Elbing nur eine.<sup>168</sup> Erst ein zweiter Kurs im April 1943 konnte mit fünf Kandidatinnen stattfinden.<sup>169</sup> Dennoch gelang bis Ende der Kolonisation nicht, den Lehrermangel zu beheben.

Das Stabshauptamt des RKFDV war nach einem Gespräch mit dem früheren Direktor des Deutschen Gymnasiums in Kaunas, Prof. Johannes Strauch, bereit,

---

<sup>160</sup> BA. R 49/3574: Duckarts Bericht über die deutschen Volksschulen in Litauen, Okt.1942

<sup>161</sup> BA. R 49/3615: Duckarts Bericht vom 14.9.1942.

<sup>162</sup> BA. R 49/3629: Bericht des Hitlerjugend-Einsatzkommandos beim AS vom 2.6.1943.

<sup>163</sup> BA. R 49/3574: Duckarts geheimer Bericht vom 10.11.1943.

<sup>164</sup> Kauener Zeitung. Vom 22.10.1943.

<sup>165</sup> Kauener Zeitung. Vom 3.10.1942.

<sup>166</sup> BA. R 49/3632: Lagebericht des Kommandeurs der Sicherheitspolizei in Kaunas vom 8.12.1943.

<sup>167</sup> BA. R 49/3632: Duckarts Antwort an den Kommandeur der Sicherheitspolizei vom 10.12.1943.

<sup>168</sup> BA. R 49/3584: Schreiben der Referentin für Kultur und Betreuung beim AS, Ilse Lucks, an das Ostministerium in Berlin vom 12.1.1943.

<sup>169</sup> BA. R 49/3584: Schreiben von Ilse Lucks an das Ostministerium vom 20.3.1943.

das Gymnasium in Kaunas wieder zu eröffnen.<sup>170</sup> Prof. Strauch durfte in Kaunas vorstellig werden und Gespräche führen, doch die Sicherheitspolizei lehnte seine Ernennung mit der Begründung ab, er hätte viele Feinde in Kaunas und es legen negative Beurteilungen über ihn vor.<sup>171</sup> In Wirklichkeit wollte ihn die SiPo wegen seiner positiven Einstellung zu Litauen nicht haben. Schließlich wurde eine deutsche Oberschule in Kaunas unter einer anderen Leitung im Juni 1943 eingerichtet.<sup>172</sup>

Deutsche Grundschulen wurden vorzugsweise in größeren Kirchdörfern aufgebaut, in deren Umgebung mehrere Kolonistenfamilien lebten. Da aber etliche Kolonisten weit von den Zentren lebten, legte Duckart großen Wert auf die Einrichtung von Landheimschulen mit Internaten für die Kinder der auf dem Land verstreut wohnenden Kolonisten. Bis zum Herbst 1943 entstanden acht solche Landheimschulen.<sup>173</sup> Jede Landheimschule erhielt zwei Schulhelfer der Waffen-SS, die angeschlossenen Schülerwohnheime je einen.<sup>174</sup> In den Landheimschulen wurden insgesamt 23 kriegsversehrte Waffen-SS-Männer eingesetzt.<sup>175</sup> Mit der Verkleinerung des AS sollten auch die Landheimschulen in die Verantwortung des Generalkommissars übergehen. Duckart argumentierte für den Verbleib in seinem Verantwortungsbereich, da in den Landheimschulen eine Auslese für spätere Führer der „Wehrbauer“ stattfindet, sie als Stätten des Gemeinschaftserlebens dienen und die Absolventen an die Adolf-Hitler-Schulen im Reich geschickt würden. Deshalb sollten sie auch weiterhin als „Hort deutscher Verteidigung“ beim RKFDV verbleiben und von SS-Angehörigern geleitet werden.<sup>176</sup> Am 11.2.1944 entschied jedoch der Generalkommissar, dass auch die Landheimschulen seiner Abteilung für Kulturpolitik unterstellt werden sollten.<sup>177</sup>

Ein Ereignis in der Landheimschule von Jokiškiai (Jakischken) belegt eine konsequente nationalsozialistische Erziehung der Kinder durch die Angehörigen der Waffen-SS. Dort wurde bei Geländespielen ein flüchtiger Jude im Wald aufgespürt und von dem Waffen-SS-Schulhelfer und den Kindern gefangen genommen, von den Kindern mit gezogenen Messern bewacht und die deutsche

---

<sup>170</sup> BA. R 49/3609: Stabshauptamt des RKFDV an den AS in Kaunas vom 21.8.1942.

<sup>171</sup> BA. R 49/3609: Schulemanns Bericht an den RKFDV vom 22.9.1942.

<sup>172</sup> Kauener Zeitung. Vom 6.6.1943.

<sup>173</sup> BA. R 49/3604: Von Renteln an den Reichskommissar für Ostland, Lohse, vom 2.9.1943

<sup>174</sup> BA. R 49/3604: Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Rosenberg, an v. Renteln, vom 28.9.1943.

<sup>175</sup> BA. R 49/3629: Duckart an das Stabshauptamt des RKFDV in Berlin, vom 3.6.1943.

<sup>176</sup> BA. R 49/3629: Duckarts Bericht über die Entwicklung der Landheimschulen vom 15.11.1943.

<sup>177</sup> BA. R 49/3604: Sitzungsvermerk des Generalkommissars vom 11.2.1944.

Polizei benachrichtigt. Der Gefangene wurde schließlich von der litauischen Polizei abgeholt. Der Brief des Schulhelfers strotzt von Judenhass und schildert die große Freude der Kinder beim Stellen des Flüchtlings.<sup>178</sup> In den größeren Orten entstanden Kindergärten für die Kleinsten der Siedler, die von 21 Kindergärtnerinnen betreut wurden.<sup>179</sup>

## 6. Ärztliche Versorgung

Der AS sorgte sich auch um die Gesundheit der Kolonisten, damit diese sich nicht im Notfall an litauische (jüdische Ärzte gab es nicht mehr) Ärzte und Krankenhäuser wenden mussten. Bei den deutschen Kreisansiedlungsstäben wurden Kreisansiedlungsärzte eingerichtet, die sich ausschließlich um die ärztliche Versorgung der Siedler kümmerten. Mitte 1943 wurden diese Ärzte unter die Verantwortung des GK, Abteilung Gesundheit, gestellt. Eine kostenlose Behandlung wurde beibehalten, die Kreisdienststellen stellten weiterhin Krankenscheine aus.<sup>180</sup>

Ende 1942 wurde in Kaunas das ehemals jüdische Krankenhaus zum deutschen Krankenhaus umgewidmet.<sup>181</sup> Im April 1943 richtete man auch noch ein Kinderkrankenhaus in Panemunė unter der Leitung des Ansiedlungsarztes Dr. Kepp ein.<sup>182</sup>

## 7. Kirchliche Betreuung

Die nationalsozialistische Weltanschauung lehnte den christlichen Glauben und eine Kirchenbindung ab. Vor allem die deutschen Sicherheitsdienststellen sprachen sich entschieden gegen eine kirchliche Betreuung aus. Im Reich hatte Hitler aus innerpolitischen Gründen die christlichen Kirchen nicht zerschlagen. In den besetzten Gebieten jedoch wollten die Höheren SS- und Polizeiführer sowie die NSDAP eine kirchliche Präsenz für die Deutschen nicht zulassen. Bereits 1942 wurde den deutschen Militärpfarrern untersagt, deutsche Zivilisten zu ihren Gottesdiensten zuzulassen.<sup>183</sup> Für die SiPo in Kaunas kam eine deutsche kirchliche Betreuung der Kolonisten nicht in Frage, obwohl sie von der ausgeprägten Frömmigkeit der lutherischen Litauendeutschen wussten. Sie berief sich dabei auf einen Führererlass. Dagegen handelten v. Renteln und seine Vorgesetzten, der Ostminister Rosenberg und der Generalkommissar für Ostland Heinrich Lohse, aber auch Duckart, weniger ideologisch und eher

---

<sup>178</sup> BA. R 49/3568: Bericht des SS-Scharführers Kipp von der Landheimschule Jakischken an den AS vom 12.12.1943.

<sup>179</sup> Stossun ... S.208.

<sup>180</sup> BA. R 49/3571: Duckarts Anweisung vom 4.6.1943.

<sup>181</sup> BA. R 49/3585: Duckart vom 16.11.1942.

<sup>182</sup> BA. R 49/3604: Duckart vom 27.4.1943.

<sup>183</sup> Evangelisches Zentralarchiv Berlin (EZA). 5/1916: Bericht des Stipendiaten H. Lehmann an Bischof Müller in Berlin über seinen Einsatz in Vilnius vom 17.5.1942.

pragmatisch. Sie wollten den Litauendeutschen auf dem kirchlichen Gebiet entgegenkommen, vor allem aus Angst, dass sich diese in ihrer Glaubensnot an litauische lutherische Pfarrer wenden oder deren Gottesdienste besuchen könnten. Bei v. Renteln und auch Duckart standen die Erhaltung und Stärkung des Deutschtums der Kolonisten im Vordergrund. Deshalb erbaten sie vom Stabshauptamt des RKFDV, eine Einreisegenehmigung für acht litauendeutsche Pfarrer nach Litauen auszustellen. Der RKFDV war dazu bereit, wies jedoch darauf hin, dass zuerst die zuständige deutsche Sicherheitspolizei angehört werden müsse.<sup>184</sup> Auf diesbezügliche Anfrage beschied der Kommandeur der deutschen Sicherheitspolizei, Jäger, dass eine Einreise deutscher Pfarrer nach Litauen nicht hingenommen werden kann.<sup>185</sup>

Die Absage verwarf auch die weit vorangeschrittenen Pläne der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Errichtung einer deutschen evangelischen Kirche in Litauen. Dabei hatte das Kirchliche Außenamt der EKD noch 1942 Probst Paul Tittelbach, der bis 1941 der deutschen Synode innerhalb der Lutherischen Kirche Litauens vorgestanden hatte, zum Leiter des deutschen Kirchenwesens in Litauen ernannt.<sup>186</sup> In dieser schwierigen Situation versuchten der GK und der AS, die Sicherheitspolizei zu umgehen, indem sie zwei Pfarrern, Paul Tittelbach und Albert Hirsch, die vor 1941 Güter in Litauen besessen hatten, ihren früheren umfangreichen Besitz zurückgaben und sie als einfache Kolonisten einsetzten. Kaum nach Litauen zurückgekehrt reiste jedoch Tittelbach in das Ostministerium nach Berlin und erwirkte dort die Genehmigung für die Rückkehr aller acht litauendeutschen Pfarrer.<sup>187</sup> Doch das Reichssicherheitshauptamt, das im Dauerstreit mit Rosenberg um die Macht im Osten stand und daher keine Anweisungen vom Ostministerium duldete, lehnte dieses Ansinnen strikt ab. Allerdings ließ sich das RSHA mit der Antwort bis Mitte 1943 Zeit.<sup>188</sup> Schließlich fand in Kaunas am 18. Oktober 1943 ein Sondierungsgespräch zwischen dem Kommandeur der Sicherheitspolizei, Löhndorff, den Vertretern des GK v. Staden und v. der Ropp, dem Vertreter der NSDAP Kossmann und dem Leiter des AS Duckart statt. Das Gespräch brachte keine Klärung, denn Löhndorff beharrte auf ein von Hitler verordnetes generelles Verbot für deutsche Geistliche im Osten mit Ausnahme der Militärpfarrer. Allerdings konnte

---

<sup>184</sup> LCVA. F.R-1399-1-13. RKFDV an v. Renteln vom 4.6.1942.

<sup>185</sup> LCVA. F.R-1399-1-13. Jägers Antwort an v. Renteln vom 26.6.1942.

<sup>186</sup> EZA. 9/916: Bestätigung des Kirchlichen Außenamtes an den Landgerichtsrat Haug vom 26.4.1944, dass Probst Tittelbach 1942 als Leiter des deutschen Kirchenwesens in Litauen eingesetzt worden sei.

<sup>187</sup> EZA. 5/916: Tittelbachs Bericht an das Kirchliche Außenamt vom 5.8.1944 über seine Tätigkeit in Litauen 1942-1944.

<sup>188</sup> LCVA. F.R-1399-1-13: Anweisung des RSHA an den Kommandeur der Sicherheitspolizei in Litauen vom 3.7.1943.

Löhndorff eine schriftliche Anweisung von Hitler nicht vorweisen.<sup>189</sup> Daher beschloss man, die Angelegenheit Hitler vorzulegen.

Wenige Tage später eskalierte jedoch der Streit, als die Sicherheitspolizei dahinter kam, dass Duckart bereits am 12. August 1943 eine Liste der sechs noch nicht in Litauen anwesenden litauendeutschen Pfarrern erstellt und die Pfarrer am 2. Oktober 1943 bei der VoMi angefordert hatte. Am 4. November kamen die ersten Pfarrer, Hermann Jaeckel und Bruno T. Landig, in Kaunas an. Die Sicherheitspolizei fühlte sich hintergangen, wies die beiden Pfarrer aus Litauen aus und lud Tittelbach zum Verhör nach Kaunas vor. Hier berichtete Tittelbach von seinen Gesprächen mit mehreren deutschen Behörden und Kirchenämtern und von dem Plan, eine deutsche lutherische Kirche in Litauen einzurichten.<sup>190</sup> Der Kommandeur der Sicherheitspolizei im Ostland, Hinze, verbot daraufhin dem Kirchlichen Außenamt, Genehmigungen für den Pfarrdienst in Litauen auszustellen.<sup>191</sup> Auch der Beauftragte des Kirchenministeriums, Rosenfelder, der von Berlin nach Kaunas geeilt war, erreichte keine Änderung in der Haltung der Sicherheitspolizei.<sup>192</sup> Den beiden Pfarrern Tittelbach und Hirsch, die bislang recht frei Gottesdienste für die Kolonisten abhielten, wurden Gottesdienste außerhalb ihrer Wohnkreise verboten.

Dieser Zustand war für die gläubigen Siedler unerträglich. Sie setzten sich über das Verbot hinweg, litauische Einrichtungen nicht in Anspruch zu nehmen und schickten ihre Kinder in den litauischen Konfirmandenunterricht.<sup>193</sup> In Ermangelung von Pfarrern boten einige Stundenhalter deutsche und sogar litauische Andachten an, die aber bald ausdrücklich verboten wurden.<sup>194</sup> Die Siedler protestierten immer heftiger beim AS und GK. Sie beschwerten sich, dass sie ihre Toten ohne kirchlichen Segen bestatten und ihre Kinder ungetauft lassen müssten. Von Renteln besprach diese Angelegenheit mit Rosenberg und erwirkte eine abermalige Zustimmung, dass die beiden in Litauen angesiedelten Pfarrer „Amtshandlungen wie Taufen, Hochzeiten, Beerdigungen und gelegentliche Predigten“ auch außerhalb ihrer Wohnkreise halten dürfen.<sup>195</sup> Das RSHA war

---

<sup>189</sup> LCVA. F. R-1399-1-13: Gesprächsprotokoll vom 18.10.1943.

<sup>190</sup> LCVA. F.R-1399-1-13: Aktenvermerk über das Verhör von Tittelbach vom 26.11.1943.

<sup>191</sup> LCVA. F.R-1399-1-13: Hinze an das Kirchliche Außenamt vom 20.3.1944.

<sup>192</sup> wie Fußnote 188.

<sup>193</sup> LCVA. F.R-378-1-8: Harders an die NSDAP Bezirkstelle in Kaunas vom 8.7.1943 über die Teilnahme litauendeutscher Kinder in Kaunas am litauischen Konfirmandenunterricht und vom 4.6.1943 an den Stützpunktleiter in Tauragė über den gleichen Vorgang in Tauragė.

<sup>194</sup> LCVA. F.R-701-1-41: Harders an die HJ-Bezirksstelle in Kaunas vom 3.3.1943, über die Belehrung des Umsiedles Alfred Sperber, keine weiteren Andachten abzuhalten.

<sup>195</sup> LCVA. F.R-1399-1-13: Lohse an v. Renteln vom 6.3.1944.

jedoch auch damit nicht einverstanden und erwirkte am 22. April 1944 ein neuerliches Gespräch in Berlin zwischen den Vertretern des OMi, des RSHA und der Parteikanzlei. Es wurde ein Kompromiss ausgehandelt, dass das OMi seine Genehmigung zurücknimmt und im Gegenzug das RSHA Probst Tittelbach gelegentliche Amtshandlungen außerhalb seines Kreises erlaubt.<sup>196</sup> Aber auch dieser Vergleich erbrachte keine Beruhigung der Situation, denn am Ende des Krieges kämpften die deutschen Instanzen noch verbissener um ihre schwindende Macht. Zwei neue „Einschleusungen“ von Pfarrern wurden im Mai 1944 entdeckt. Probst Tittelbach und der GK hatten den litauendeutschen Pfarrer Jaeckel, der in Ospreußen an der Grenze zu Litauen eine Gemeinde betreute, gebeten, gelegentlich einen Gottesdienst in Tauragė zu übernehmen. Auf der Fahrt nach Tauragė wurde er an der Grenze festgenommen.<sup>197</sup> Zur selben Zeit erhielt Pfarrer Felgendreher während eines Fronturlaubs bei seiner Frau in Kybartai vom Referenten für kirchliche Angelegenheiten beim GK, Went von der Ropp, eine Bestätigung, dass er in Litauen als Geistlicher gebraucht werde. Daraufhin erwirkte er seine Freistellung vom Wehrdienst und hielt in Kybartai und Umgebung einige Gottesdienste ab.<sup>198</sup> Beide Pfarrer wurden unverzüglich aus Litauen ausgewiesen. Wieder konferierten das RSHA, das OMi und die Parteikanzlei am 16. Mai 1944 in Berlin und bestätigten lediglich den früheren Kompromiss. Man kam überein, dass die Einreise weiterer Pfarrer nach Litauen unerwünscht sei.<sup>199</sup>

In den letzten Monaten der deutschen Herrschaft in Litauen überwachte die Sipo die beiden litauendeutschen Pfarrer Tittelbach und Hirsch sehr sorgfältig. Pfarrer Hirsch wurde wegen Abhaltung von Konfirmandenunterricht in mehreren Kreisen angezeigt.<sup>200</sup> Daraufhin wurden ihm jegliche weiteren Amtshandlungen untersagt.<sup>201</sup> Schon davor hatte Probst Tittelbach von selbst auf alle weiteren kirchlichen Handlungen verzichtet, nachdem er von Löhndorff wegen eines kritischen Briefes scharf gemaßregelt wurde.<sup>202</sup>

Somit scheiterte der Versuch des OMi, des AS Kauen und des Kirchlichen Außenamtes der EKD, eine deutsche evangelische Kirche in Litauen aufzubauen.

---

<sup>196</sup> LCVA. F.R-1399-1-13: Jeckelns Bericht an das RSHA vom 11.5.1944.

<sup>197</sup> LCVA. F.R-1399-1-13: Bericht der Außendienststelle der Sicherheitspolizei in Kretinga an den Kommandeur der SiPo vom 10.5.1944.

<sup>198</sup> LCVA. F.R-1399-1-13: Felgendrehers Vernehmungprotokoll vom 5.5.1944.

<sup>199</sup> LCVA. F.R-1399-1-13: Anweisung des RSHA an den Kommandeur der Sipo in Litauen, Löhndorff, vom 25.5.1944.

<sup>200</sup> LCVA. F.R-1399-1-13: Schreiben der Bezirksleitung der NSDAP in Panevėžys an den Kommandeur der SiPo vom 15.5.1944.

<sup>201</sup> LCVA. F.R-1399-1-13: Schreiben der Außendienststelle der SiPo in Panevėžys an den Kommandeur der SiPo vom 6.6.1944.

<sup>202</sup> LCVA. R.R-1399-1-13: Tittelbach an Löhndorff vom 18. Mai 1944.

Dabei sollte der Vorkriegsbesitz der Lutherischen Kirche größtenteils an die neu errichtete deutsche Kirche fallen, doch auch das untersagte das RSHA.<sup>203</sup> Die Sicherheitspolizei wollte auf keinen Fall eine deutsche Institution in den besetzten Gebieten entstehen lassen, die nicht der nationalsozialistischen Ideologie entsprang. Interessant ist jedoch das gegensätzliche Handeln in dieser Frage innerhalb der Instanzen Himmlers. Für den RKFDV und daher auch für den AS Kauen stand das Deutschtum im Vordergrund, für das RSHA hingegen die Ideologie.<sup>204</sup>

Die Auseinandersetzung um die kirchliche Betreuung zeigt, dass die Kolonisten die nationalsozialistische Ideologie mehrheitlich noch nicht verinnerlicht hatten. In Angelegenheiten des Glaubens zeigten sie Mut, beschwerten sich beim GK und AS und umgingen die Anweisungen der Sipó wo sie nur konnten. Der Streit beschäftigte die deutschen Instanzen in Kaunas, Riga und Berlin und verdeutlichte deren unterschiedliche Vorstellungen in der Frage der kirchlichen Betreuung. Die litauendeutschen Pfarrer mussten erkennen, dass ihre deutsche Gesinnung und ihre strikte Ablehnung litauischer Kollegen ihnen keine Vorteile bei der deutschen Sicherheitspolizei einbrachten.<sup>205</sup>

### **8. Kontakte der Kolonisten zu der übrigen Bevölkerung Litauens**

Die deutschen Instanzen hatten kein Interesse an normalen nachbarschaftlichen Beziehungen als Gleiche unter Gleichen. Der Kolonist sollte nie seine besondere Stellung als Deutscher vergessen: „Sei Du ihnen gegenüber ein guter Nachbar, aber halte Dich ihnen gegenüber in allen Worten und Taten als deutscher Mann. Such gutes nachbarliches Verhältnis zu Deinen litauischen Nachbarn...“.<sup>206</sup> Ausgestattet mit Vorrechten und Vorteilen, ausgegrenzt wegen der rassischen „Überlegenheit“ von allen anderen, waren echte Kontakte oder gar Freundschaften zwischen den Kolonisten und der übrigen Bevölkerung fast ausgeschlossen. Die Quellen bieten uns nur ganz wenige Einblicke in das tägliche Zusammenleben der Deutschen mit den Litauern. Mit Angehörigen anderer Völker kamen die Kolonisten selten in Berührung, denn die Juden waren in dieser Zeit schon ausgemerzt oder in Ghettos ausgegrenzt, und die Polen und

---

<sup>203</sup> LCVA. F.R-1399-1-13: Anweisung des RSHA an die SiPo in Kaunas vom 12.6.1944.

<sup>204</sup> ausführlicher über den Streit um die kirchliche Betreuung siehe Hermann, Arthur: Der Streit deutscher Okkupationsbehörden um die Einsetzung litauendeutscher Pfarrer 1942-1944. In: Litauisches Kulturinstitut: Jahrestagung 2000. S.51-78.

<sup>205</sup> EZA. 5/196: Tittelbachs Bericht vom 5.8.1944, in dem er den damaligen Senior der litauischen lutherischen Kirche, Erikas Leijeris, der Deutscheindlichkeit bezichtigt und sich rühmt, keine Kontakte mit litauischen Kollegen gepflegt zu haben.

<sup>206</sup> BA. R 49/3568: Aufruf des AS „An den deutschen Umsiedler“ von Mitte Mai 1942. Abdruck s. bei Stössun... S.186.

Russen weitgehend in Kreise abgeschoben, in denen keine deutschen Siedler lebten.

Am Anfang gab es von beiden Seiten Bemühungen, die frühere, recht unkomplizierte Nachbarschaft wieder aufzunehmen. Die Rückkehrer in Šakiai wurden von den ehemaligen Nachbarn mit Brot und Schnaps begrüßt.<sup>207</sup> In den ersten Monaten verbrachten die Kolonisten viel Zeit mit Besuchen bei ehemaligen Nachbarn und in der Stadt und wurden deswegen von Duckart wegen Vernachlässigung ihrer Höfe gerügt.<sup>208</sup> Das anfängliche Aufeinanderzugehen kühlte sich sehr schnell ab, als das ganze Ausmaß der Kolonisation und die wahren Absichten der Deutschen bekannt wurden. Schon bald informierte der litauische Untergrund die Bevölkerung durch Flugblätter über die Vereinbarung mit der litauischen Selbstverwaltung und über die Not der betroffenen Hofbesitzer.<sup>209</sup> Der AS wollte dem entgegen steuern und bat die Kreisansiedlungsstäbe, zwecks Belobigung Listen mit deutschfreundlichen Litauern zu erstellen, die den Kolonisten geholfen haben.<sup>210</sup> Spätestens nach dem gescheiterten Versuch der Deutschen im Frühjahr 1943, eine litauische SS-Legion aufzustellen und der darauf folgenden Strafreaktion mit der Auflösung der litauischen Universität und der Verschickung litauischer Intellektueller als Geiseln in das KZ Stutthof, fehlte jegliche Grundlage für normale Beziehungen zwischen Deutschen und Litauern. Die zunehmenden Überfälle auf Kolonisten und mehrere Brandstiftungen zeugen von gespannten Beziehungen untereinander.<sup>211</sup> Die Kolonisten wurden bewaffnet und stellten einen Selbstschutz auf, was das Misstrauen gegenüber den Nachbarn noch verstärkte. Die Deutschen fühlten sich bald nur noch unter ihresgleichen sicher. Eine normale Nachbarschaft zu Litauern war unter solchen Verhältnissen nicht mehr denkbar.

Mit den Russen kamen die Kolonisten seltener in Kontakt. Ein Teil der im Jahr 1941 auf den ehemals deutschen Höfen eingesetzten Suwalkirussen wurde nach der Ansiedlung der Deutschen auf den Höfen als Landarbeiter beibehalten. Außerdem beantragten viele Siedler russische Kriegsgefangene für die Landarbeit. Sie zahlten dafür an die Kreisansiedlungsstäbe 75 Pfennige pro Kopf und Tag.<sup>212</sup>

---

<sup>207</sup> BA. R 49/3569: Abels Bericht über die ersten Tage der Rückkehrer in Šakiai vom 12.7.1942.

<sup>208</sup> BA. R49/3570: Duckarts Anweisung an die Kreisansiedlungsstäbe vom 10.9.1942.

<sup>209</sup> BA. R 49/3570: Duckarts vertrauliches Schreiben an die Kreisansiedlungsstäbe vom 5.8.1942.

<sup>210</sup> BA. R 49/3615 Duckart an die Kreisansiedlungsstäbe vom 8.10.1942.

<sup>211</sup> BA. R 49/3570: Duckart über Anschläge an Umsiedler vom 9.4.1943.

<sup>212</sup> BA. R 49/3570: Duckart an die Kreisansiedlungsstäbe vom 7.7.1943

Direkte Begegnungen mit den in Ghettos eingesperrten Juden hatten nur wenige Kolonisten. Aber der AS benutzte gerne die Arbeitskraft der Juden. Er benötigte für den Ausbau und die Renovierung der deutschen Höfe, Wohnungen und Schulen große Mengen an Möbeln und Schulbänken. Diese bestellte er in der Möbeltischlerei des Ghettos in Kaunas.<sup>213</sup> Im August 1942 wurde sogar eine eigene Tischlerei des AS mit 250 Juden eingerichtet, die „nach den Richtlinien des AS“ arbeiteten und nur noch disziplinarisch und finanziell dem Stadtkommissar unterstellt waren.<sup>214</sup> Auch später griff der AS gerne auf die Arbeitskraft der Juden zurück.<sup>215</sup> Ebenso wurden den Kolonisten jüdische Sachwerte aus den ehemaligen sowjetischen Artelen zugeteilt.<sup>216</sup> Die Kolonisten wussten recht gut, was mit den Juden geschah, denn in Litauen machte man kein Hehl aus den Massenerschießungen der Juden. Dabei hatten die Litauendeutschen vor 1940 ein recht gutes Verhältnis zu den Juden gepflegt, denn beide Gruppen gehörten einer Minderheit an und hatten ähnliche Probleme. Irgendwelche rassistischen Vorurteile gegenüber den Juden gab es früher bei den Litauendeutschen nicht. Doch der Vorfall in der Landheimschule in Jokiškiai zeigt, dass nach 1941 zumindest die Schüler die rassistischen Vorstellungen der Nazis verinnerlicht hatten.

Mit den Juden aus den Ghettos kamen einige litauendeutsche Treuhänder der Betriebe in Kontakt. So wurde der Treuhänder des deutschen Kaufhauses in Vilnius, Walter Willeke (bei dem allerdings nicht feststeht, ob er wirklich ein Litauendeutscher war) mit Geldstrafe belegt, weil er bezugspflichtige Waren an die bei ihm beschäftigten Juden verkauft, die Juden gar vor dem arischen Personal bevorzugt und mit ihnen Tischtennis gespielt hatte.<sup>217</sup> Dieser Vorfall bezeugt, dass es auch unter den Deutschen Widerstand gegen die Judenaussonderung gab.

In den Quellen finden sich Hinweise auf recht konträre Beziehungen zwischen den Kolonisten und ihren litauischen Nachbarn. Manche Kolonisten zeigten offen ihre Verachtung gegenüber den Litauern und behandelten sie herrisch von oben herab, so dass sogar der AS eingreifen und Demütigungen aller Art den

---

<sup>213</sup> BA. R 49/3604: Duckart an den GK vom 17.6.1942.

<sup>214</sup> BA. R 49/3609: Schulemann an das Stabshauptamt des RKFDV in Berlin über die Errichtung einer Tischlerei vom 11.8.1942.

<sup>215</sup> BA. R 49/3618: Bestätigung des Verwaltungsführers beim AS, Sittner, vom 19.8.1943, dass er Abraham Mozeriser als Kolonnenführer mit 10 Juden zu seiner Dienststelle abgestellt hat.

<sup>216</sup> LCVA. F. R-614-1-358, S.200: Anweisung des GK in Kaunas an den Gebietskommissar von Vilnius vom 21.9.1942. (Für diesen Hinweis danke ich Dr. Joachim Tauber).

<sup>217</sup> LCVA. F.R-738-1-8: NSDAP Abschnittsleiter Harders in Kaunas an die Gebietsleitung der NSDAP in Vilnius vom 20.7.1943. Harders fordert eine härtere Bestrafung und Abschiebung ins Reich.

Litauern gegenüber verbieten musste.<sup>218</sup> Andere Siedler waren dagegen sogar bereit, einen Hof zusammen mit einer litauischen Familie zu bewirtschaften.<sup>219</sup> So lobte Duckart einen Versuch in Šiauliai, die früheren litauischen Verwalter nach der Übernahme des Betriebes durch deutsche Siedler auf dem Hof zu belassen. Allerdings galt sein Lob nicht der Freundschaft zwischen Deutschen und Litauern, sondern geschah aus der Erkenntnis, dass ein ehemaliger Verwalter, der weiterhin auf dem Hof leben darf, nicht an der Veruntreuung des Inventars und des Getreides interessiert sein dürfte.

Obwohl die Litauendeutschen bei der Durchschleusung in den Lagern auf ihre deutsche Gesinnung überprüft wurden, erwiesen sich manche in Litauen als nicht vertrauenswürdig im deutschen Sinne. Neben dem früher bereits erwähnten Heinrich Berg (geb. 1925), gab es auch andere Siedler, die als litauerfreundlich eingestuft wurden.<sup>220</sup>

Bestehende Mischehen standen unter besonderer Beobachtung. Die NSDAP stellte bei mehreren Mischehen fest, dass diese in „starkes litauisches Fahrwasser“ geraten waren.<sup>221</sup> Neue Mischehen einzugehen war strengstens untersagt. Eine Genehmigung für eine solche Ehe konnte nur Hitler erteilen. Trotzdem wurden einige Anträge gestellt.<sup>222</sup> Zweifellos ist das ein Zeichen, dass ein Teil der Kolonisten trotz aller Verbote normale Beziehungen zu Litauern pflegte.

### **9. Das Ende des AS und der Kolonisation**

Mit der zweiten Rücksiedlungsphase im April-August 1943 war sowohl das Kontingent der litauendeutschen O-Fälle als auch die Anzahl der für die deutschen Siedler vorgesehenen Höfe und Betriebe weitgehend ausgeschöpft. Ein Viertel der für die Deutschen vorgesehenen Bodenflächen, allerdings minderer Qualität und ungünstig gelegen, blieb noch übrig (von 122.700 ha waren 91.027 ha vergeben).<sup>223</sup> Zwar meldeten sich viele A-Fälle für die Rückkehr nach Litauen, aber nach den ersten größeren Niederlagen an der Front wurde der weitere Abruf der Volksdeutschen aus dem Reich in die besetzten Gebiete

---

<sup>218</sup> BA. R 49/3570: Duckart an die Kreisansiedlungsstäbe vom 10.9.1942.

<sup>219</sup> LCVA. F. R-738-1-8. S.456-7: Bericht über den Kreistag in Šiauliai vom 5.6.1943, auf dem Duckart einen Vortrag gehalten hat.

<sup>220</sup> LCVA. F.R-738-1-8: Harders an die Hauptabteilung III beim GK vom 6.9.1943: Josef Berg, geb. 1883, Waldemar Kanzlivius und Boris Erker werden als litauer- bzw. russenfreundlich eingestuft.

<sup>221</sup> LCVA. F. R-738-1-8: Harders an den Generalkommissar vom 25.8.1943: Die Umsiedler Boleslaw Krohn und Leopold Lehmann sind mit Litauerinnen verheiratet.

<sup>222</sup> LCVA. F.R-701-1-41: Harders' Bericht an den GK vom 26.3.1943: Es sind bislang zwei Anträge auf Verehelichung mit einem litauischen Partner eingegangen.

<sup>223</sup> Baublys ... S.368.

allgemein untersagt.<sup>224</sup> Daher drängte das Stabshauptamt des RKFDV im Herbst 1943 auf Verkleinerung des AS. Duckart versuchte sein Amt und die Stellen seiner Mitarbeiter, die nur so lange vom Wehrdienst befreit waren, wie sie vom RKFDV als unabkömmlich eingestuft waren, zu retten. Er argumentierte, dass die Umsiedler weiterhin betreut werden müssten, dass man mehr Einfluss auf die kulturelle Entwicklung der Litauendeutschen nehmen und auch versehrte Kriegsteilnehmer in Litauen ansiedeln müsste.<sup>225</sup> Der RKFDV sah jedoch keine Möglichkeiten mehr für eine Erweiterung der Kolonisation in Litauen und überließ das weitere Schicksal des AS dem Generalkommissar v. Renteln. Dieser verkleinerte das AS wesentlich und benannte ihn um in „Außenstelle des GK in Kauen, Beauftragter des RKFDV“. Damit verlor der RKFDV seinen Einfluss in Kaunas maßgebend. Der verkleinerte AS unter dem neuen Namen blieb noch bis zum 15. März 1944 bestehen.<sup>226</sup> Schließlich wurde der AS gänzlich dem Generalkommissariat unterstellt und mit der Betreuung der Litauendeutschen beauftragt, was zu der Zeit im Klartext die Vorbereitung der Flucht bedeutete. Ironie des Schicksals, dass Duckart nach dem mit so vielen Hoffnungen verbundenen Aufbau der Kolonisation sie selbst auflösen musste.

Hitler erklärte noch am 25. März 1944 in einem Führerbefehl die Worte „Lähmung, Räumung und Zerstörung“ zur geheimen Reichssache.<sup>227</sup> Das hinderte jedoch die deutschen Instanzen in Litauen nicht daran, rechtzeitig Evakuierungspläne vorzubereiten. Litauen wurde im Juli 1944 in wenigen Wochen von der Roten Armee überrannt. Vilnius wurde am 2. Juli und Kaunas am 29. Juli aufgegeben. Die Flucht der Kolonisten verlief einigermaßen geordnet. Man schaffte es sogar, einen Teil der Ernte einzufahren und wertvollere Industriebetriebe zu evakuieren. Wie im Jahr 1941 bildeten die Kolonisten Trecks mit Fuhrwerken. Frauen und Kinder wurden teilweise mit Zügen oder Schiffen nach Ostpreußen evakuiert.<sup>228</sup>

Offenbar wurden die Höfe nicht verbrannt oder zerstört, da man offiziell nur von einer vorübergehenden Evakuierung sprach. An der Grenze zum Reich fand dann das umsorgte Leben der Kolonisten ein jähes Ende. Die Trecks wurden aufgelöst, die Pferde beschlagnahmt. Die wehrfähigen Männer wurden zum

---

<sup>224</sup> BA. R 49/3632: Duckarts Lagebericht an den Kommandeur der SiPo vom 27.11.1943.

<sup>225</sup> BA. R 49/3571: Duckart an das Stabshauptamt des RKFDV vom 5.10. und vom 30.10.1943.

<sup>226</sup> Arbušauskaitė ... S.179.

<sup>227</sup> BA. R 49/3632: Der GK an alle Hauptabteilungsleiter vom 25.3.1944.

<sup>228</sup> LCVA. F.R-611-1-36 ; 616-1-37 und 616-1-38: Abmeldungslisten von Personen, die im Juli 1944 Kaunas in Richtung Deutschland verließen.

Waffendienst eingezogen, die älteren Männer für den Bau des Grenzwalls eingesetzt und die Frauen und Kinder in die Lager der VoMi weitergereicht. Noch bis Dezember 1944 debattierte der RKFDV mit der DUT über das in Litauen zurück gelassene Vermögen der Kolonisten.<sup>229</sup> Immerhin wurden die Lager rechtzeitig vor der nahenden Front aufgelöst, so dass die meisten Litauendeutschen das Schicksal der Ostpreußen nicht zu teilen brauchten. Das weitere Leben der Kolonisten gehört dann nicht mehr in diese Untersuchung. Es steht fest, dass bei der zweiten Repatriierung 1944 den Litauendeutschen nicht nachgetrauert wurde, denn sie hatten nachweislich nicht ihrer Heimat sondern einem Besatzungsregime gedient.

### **III. Der Widerstand der litauischen Bevölkerung gegen die Kolonisation**

Der geschickt eingefädelt Plan von Adrian v. Renteln und Himmler, die litauische Selbstverwaltung an der Kolonisation zu beteiligen, sollte den erwarteten Widerstand der Litauer ins Leere führen. Die deutschen Instanzen, vor allem die Sicherheitspolizei, brauchten dadurch in der Öffentlichkeit nicht als Ordnungsmacht aufzutreten, denn die Räumung der Höfe und Wohnungen übernahm größtenteils die litauische Polizei. Trotzdem gab es von Beginn an sowohl einen passiven als auch aktiven Widerstand seitens der Bevölkerung. Der passive Widerstand äußerte sich im rechtzeitigen Verstecken oder Verschieben des Inventars, des Getreides und des Viehbestandes, obwohl das strengstens verboten war. Die litauische Verwaltung und die Polizei deckten offensichtlich solche Handlungen, indem sie die betroffenen Personen rechtzeitig warnten, so dass diese die Höfe und Wohnungen noch vor der Erfassung des Eigentums weitgehend ausräumen konnten. Der AS beschwerte sich immer wieder über diese Situation, konnte sie jedoch nicht ändern. Duckart beschrieb die Situation folgendermaßen: „Höfe leer, Getreide verschoben, die Umsiedler kamen in völlig ausgeplünderte Wirtschaften“, und weiter: „Gebäude werden beschädigt, Fensterscheiben ausgeschlagen, Öfen zerstört“.<sup>230</sup> Dem AS blieb daher nichts anderes übrig, als sich selbst um die Reparaturen und Ausstattung der Höfe und Wohnungen zu sorgen und hierbei Millionen von Reichsmark zu investieren. Bereits in den ersten Monaten kamen aber immer wieder auch Fälle des aktiven Widerstands vor, indem sich einzelne Betroffene weigerten, die Höfe zu verlassen. Sie bedrohten die Kolonisten und verweigerten in den Wochen bis zu ihrer Umsiedlung die Mitarbeit auf den Höfen.<sup>231</sup>

---

<sup>229</sup> Arbušauskaitė ... S.181.

<sup>230</sup> BA. R 49/3607: Duckart über die Ausstattung der Kolonisten mit Bedarfsartikeln, Mitte 1943.

<sup>231</sup> BA. R 49/3570: Duckarts vertraulicher Brief an die Kreisansiedlungsstäbe vom 5.8.1942.

Es dauerte nicht lange, bis sich auch litauische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, politische Gruppierungen und der litauische Untergrund zu Wort meldeten. In öffentlichen Briefen an die deutsche Verwaltung und vor allem über die Untergrundpresse informierten sie die litauische Bevölkerung über die Ziele der Kolonisation und forderten die Bevölkerung zum Widerstand auf. Der AS beteuerte natürlich, dass keine Kolonisation sondern eine gerechtfertigte Rücksiedlung stattfinde und dass Litauen nicht mit Deutschen überschwemmt werde, da nur solche zurückkehren, die hier Land besäßen.<sup>232</sup> Damit reagierte Duckart auf „eine kleine Gruppe von Hetzern“, zu denen der ehemalige litauische Staatspräsident Kazys Grinius und die früheren Landwirtschaftsminister Mykolas Krupavičius und Pranas Alekna gehörten. Die beiden zuerst genannten hatten bereits ein Memorandum dem Ersten Generalrat Kubiliūnas und sechs weiteren Generalräten im Juli 1942 zugestellt und es zugleich durch den litauischen Untergrund verbreiten lassen.<sup>233</sup> Jedoch erst das öffentliche Memorandum der drei oben Genannten vom 5. November 1942 an v. Renteln ist in der litauischen Gesellschaft bekannt geworden: „Das litauische Volk vernimmt mit großer Besorgnis Nachrichten über massenweise Aussiedlungen von Litauern und Polen aus ihren Höfen und Häusern. Das litauische Volk kann solche Maßnahmen nicht gutheißen, genauso wie es die Maßnahmen gegen die Juden nicht gutheißt... Auch die von der Kolonisation nicht betroffenen Hofbesitzer können nicht sicher sein, dass ihnen nicht schon morgen das Schicksal ihres Nachbarn bevorsteht... Ausgehend von diesen Gedanken fordern wir: 1. Aufhören mit der Kolonisation litauischen Bodens; 2. Rückgabe der Höfe an die gerade umgesiedelten Bauern, ungeachtet ihrer Nationalität“.<sup>234</sup> Auf dieses Memorandum antwortete v. Renteln ebenfalls öffentlich und beteuerte wie zuvor, dass eine Kolonisation nicht stattfinde, vielmehr würden lediglich einige deutsche Bauern zurückkehren. Er beschuldigte die Verfasser des Memorandums, dass diese die Gefühle der Litauer gegenüber Polen und Juden missachteten, weil sie auch bei Nichtlitauern von litauischen Bürgern sprächen.<sup>235</sup> Von Renteln ließ alle drei Verfasser festnehmen: Krupavičius wurde nach Deutschland deportiert, Alekna ins KZ Stutthof eingewiesen und Grinius wegen seines hohen Alters unter Hausarrest außerhalb von Kaunas gestellt.

In der Untergrundpresse sind zahlreiche weitere Aufrufe gegen die Kolonisation erschienen. Die Kolonisten wurden als Räuber bezeichnet, die man auch so

---

<sup>232</sup> Kauener Zeitung, Vom 22.10.1942.

<sup>233</sup> Lithuania under German occupation... S.166-192 (mit Auszügen aus diesem Memorandum).

<sup>234</sup> LCVA. F.R-616-1-53: Memorandum von Grinius, Krupavičius und Alekna vom 9.11.1942 ; Auszug bei Arbušauskaitė... S. 162-163 und Bubnys ... S. 355-356.

<sup>235</sup> LCVA. F. R-615-1-7: Antwort des Generalkommissars an Grinius, Krupavičius und Alekna vom 18.11.1942.

behandeln sollte.<sup>236</sup> Litauische Beamte und Polizisten, die die Kolonisation erst möglich machten, wurden verwart.<sup>237</sup> Man diskutierte auch über die Möglichkeiten eines offenen Widerstandes gegen die Kolonisation und kam zu dem Ergebnis, das sowohl Sabotageakte als auch das Töten der Kolonisten lediglich den Deutschen dienten, denn dann hätten sie Grund, das litauische Volk noch schneller zu unterjochen. Deshalb wurde empfohlen, die Politik Ghandis anzuwenden und passiven Widerstand an der Front der Abgaben zu leisten.<sup>238</sup> Sogar der Generalsekretär der Nationalistischen Partei Litauens, Zenonas Blynas, dessen Partei im Sommer 1941 gegen die Provisorische Regierung putschte und von sich aus den Deutschen ihre Mitarbeit anbot und deshalb als einzige litauische Partei noch bis Dezember 1941 von der Okkupationsverwaltung geduldet wurde, schrieb im Juli 1942 in sein Tagebuch, dass die Deutschen den Litauern Boden wegnähmen und die Bevölkerung Litauens aufhetzen, indem man die umgesiedelten Litauer auf den Besitz der Polen und Russen setze.<sup>239</sup>

In seiner fundamentalen Untersuchung zu diesem Thema meint Harry Stossun: „Die Kritik der Öffentlichkeit richtete sich aber nie gegen die Rücksiedlung allein, sondern gegen die Maßnahmen der Zivilverwaltung insgesamt“. Zugleich führt er aus, dass sogar eine Beruhigung eingetreten sei, nachdem die deutsche Seite deutlich gemacht hatte, dass die Umsiedlungen nur den polnischen und jüdischen Besitz betreffen würden, die Litauer dagegen neuen Besitz zugewiesen bekämen. Die Litauer sähen die deutschen Siedler sogar als Garantie, dass die Sowjetrussen nie mehr zurückkämen.<sup>240</sup> Angesichts der vielen Aufrufe litauischer Persönlichkeiten und des Untergrundes kann man allerdings nicht von einer Beruhigung sprechen. Die Litauer leisteten keinen entschlossenen Widerstand gegen die deutsche Okkupation und Kolonisation, weil sie die Sowjets als den gefährlicheren Feind betrachteten. In den Jahren der deutschen Okkupation kam es in Litauen zu keinem bewaffneten oder gewaltsamen Widerstand, wohl aber zu einer entschlossenen Ablehnung deutscher Forderungen, z. B. der Rekrutierung zur SS-Legion oder der überhöhten Abgaben. Interessant ist die Feststellung von Bubnys, dass sogar die sowjetischen Partisanen die deutsche Kolonisation nicht behinderten und eher die litauischen Bauern angriffen.<sup>241</sup>

---

<sup>236</sup> Stossun ... S.256-257: Übersetzter Auszug aus „Į Laisvę“ vom 20.6.1943.

<sup>237</sup> Arbušauskaitė ... S.163-164: Auszug aus „Nepriklausoma Lietuva“ vom 1.11.1942.

<sup>238</sup> Arbušauskaitė ... S.164: Auszug aus „Nepriklausoma Lietuva“ vom 1.10.1942.

<sup>239</sup> Blynas, Zenonas: Karo metų dienoraštis 1941-1944 m. (Tagebuch aus den Kriegsjahren 1941-1944). Vilnius 2007. S. 398: Eintrag vom 16.7.1942.

<sup>240</sup> Stossun ... S.211 und 213.

<sup>241</sup> Bubnys ... S.363.

Die deutsche Kolonisation wurde während des Krieges von der amerikanischen Botschaft in Stockholm sehr aufmerksam beobachtet. Die Botschaft hatte die Aufgabe, die deutsche Okkupation besonders im Baltikum zu beachten und das Departement of State in Washington darüber zu informieren. Die amerikanische Botschaft wurde vom litauischen Untergrund über verschiedene geheime Kanäle bestens informiert. Darüber hinaus sichtigten die amerikanischen Spezialisten in Stockholm die deutschen und baltischen Zeitschriften sowie andere Quellen und gaben die Informationen nach Washington weiter. Daher war Washington sehr genau über den Holocaust und die deutsche Kolonisation in Litauen informiert. Bereits am 17. April 1942 schrieb die amerikanische Botschaft an das Departement of State, dass in Litauen im Unterschied zu Lettland und Estland die Volksdeutschen zurück gesiedelt werden.<sup>242</sup> In einem anderen Bericht unter dem Titel „The German colonization of Lithuania“ vom 19. Dezember 1942 zitiert die Botschaft sogar sechs litauische Memoranden und Aufrufe und schildert ausführlich den Verlauf der Kolonisation.<sup>243</sup> Desweiteren wird über die Kolonisation in den Dossiers vom 7. April 1943 und vom 9. Dezember 1943 gesprochen.<sup>244</sup> Hier kommt die Beunruhigung der litauischen Öffentlichkeit wegen der Kolonisation sehr deutlich zu Wort.

#### **IV. Die Kolonisten: Opfer oder Täter?**

Martin Leniger stellt Überlegungen in seiner Untersuchung über die nationalsozialistische Volkstumsarbeit und Umsiedlungspolitik an, ob die Umsiedler Profiteure oder Leidtragende waren.<sup>245</sup> Leniger neigt dazu, in den Umsiedlern Leidtragende zu sehen, weil sie unter dem Verfügungsanspruch des nationalsozialistischen Staates standen. Allerdings beschäftigt sich Leniger vorrangig mit der Umsiedlungsaktion ins Reich 1939-1941 und der Selektion der Umsiedler, aber nicht mit ihrer späteren „Ansiedlung“ zwecks Germanisierung und Kolonisierung des besetzten Ostens. Im Falle der litauendeutschen Kolonisten, die in ihrer Heimat „als Vorboten und Vorbereiter des deutschen Lebensraumes“ eingesetzt wurden, darf man schon die schärfere Frage stellen, ob sie mehrheitlich Opfer oder Täter waren.

Man kann sie insoweit als Opfer betrachten, als sie an der Planung der Kolonisierung und Germanisierung Litauens nicht beteiligt waren. Nach ihrer Umsiedlung ins Reich im Jahr 1941 standen sie ganz und gar unter der Verfügungsgewalt der Instanzen Himmlers. Sie hatten auch keine Möglichkeiten, bei der Selektion in „O-Fälle“ und „A-Fälle“ mit zu entscheiden. Aber sie wussten von der Bedeutung dieser Entscheidung und was nach der Selektion auf sie wartete.

---

<sup>242</sup> Lithuanian under German occupation ... S.90-97.

<sup>243</sup> Wie oben. S.166-192.

<sup>244</sup> Wie oben. S.346-347, 524-527.

<sup>245</sup> Leniger ... S.226

Die „O-Fälle“ fühlten sich bevorzugt und als echte Deutsche anerkannt, die „A-Fälle“ dagegen gedemütigt und zu halben Deutschen degradiert. Den „O-Fällen“ war bekannt, dass sie in den besetzten Gebieten auf fremdem Eigentum eingesetzt werden sollten. Sie wussten von der Enteignung und Verschiebung der bisherigen Bevölkerung. Dennoch gab es nach der Selektion keine Anträge der „O-Fälle“ auf Umwandlung in „A-Fälle“, sondern nur umgekehrt. Die Litauendeutschen vernahmten früh Gerüchte über ihre Rückkehr in die Heimat, wobei sie von einer Rückgabe ihres früheren Eigentums ausgingen. Die Sehnsucht aller Litauendeutschen nach der „Rücksiedlung“ war so groß, dass fast die Hälfte der „A-Fälle“ Anträge auf die Umwandlung in „O-Fälle“ stellten. Die Litauendeutschen mussten keinesfalls mit Gewalt zur Rücksiedlung gezwungen werden. Allerdings bekamen sie erst nach der Rückkehr nach Litauen in den Durchgangslagern in Kybartai und Tauragė Bescheid, wo sie letztendlich eingesetzt werden sollten. Erst hier wurde ihnen deutlich, dass sie ausschließlich oder teilweise fremdes Eigentum zur Verwaltung und zum späteren Besitz erhielten. Bei der Übernahme der Höfe und Wohnungen bestand noch die Möglichkeit, auf die Teilnahme an einer solchen Kolonisation zu verzichten und in das Deutsche Reich zurück zu kehren, was auch in einigen Fällen geschah.<sup>246</sup> Schon sehr bald musste jedem Kolonisten klar geworden sein, auf was er sich in Litauen eingelassen hatte. Seine Zukunft in diesem vom Deutschen Reich besetzten Land war nur dann gesichert, wenn es weiterhin in deutscher Hand verblieb. Seine bevorzugte Stellung als deutscher Kolonist mit enormen Erleichterungen und seine starke Isolierung von der übrigen Bevölkerung mussten ihm früh zu denken geben. Nur wenige Personen, zumeist Angehörige der älteren Generation, haben die Kolonisation als Größenwahnsinn erkannt.<sup>247</sup> Auch einige Mitarbeiter des AS in Kaunas, die die Folgen der Kolonisation am Besten einschätzen konnten, begriffen die Problematik und litten darunter. Einer von diesen war Professor Walter Gaigalat, zuständig für die Erfassung der für die Kolonisation vorgesehenen Grundstücke beim AS: „Ein aufrichtiger und rechtschaffener lit.[auischer] Patriot, in vielem verquickt mit dem Deutschtum, meist gegen seinen eigenen Willen, das war Walter Gaigalat. Ich erinnere mich

---

<sup>246</sup> BA. R 49/3569: Protokoll der Besprechung des AS mit dem Gebietskommissar in Šiauliai, Gewecke, vom 22.7.1942: Ein Rücksiedler verweigerte die Übernahme eines fremden Hofes und 50 waren nicht zufrieden mit den ihnen zugewiesenen Höfen und wollten bessere erhalten. Erst nach einer scharfen Belehrung nahmen sie die Anträge zurück. Uns interessiert hier der Siedler, der sich nicht an der Kolonisation beteiligen wollte.

<sup>247</sup> Beigel, Alex: Kein Platz für Bauern. In: Heimatgruß. 1963. S.55-58: Der Autor dieses Beitrages gehörte zu denjenigen, die einen größeren fremden Hof erhielten, so dass er nicht mehr physisch arbeiten brauchte. Aber seinem Vater gefiel das alles nicht: „Ich verstehe nicht, warum sie uns nicht unseren richtigen Hof zurückgegeben haben, hier passen wir nicht hin, das kann nicht von langer Dauer sein, das ist Größenwahnsinn“.

noch, wie er mir auf der Bahnfahrt von Königsberg nach Tilsit schilderte, wie er gegen seinen Willen nach Kowno zu gehen gezwungen wurde, und wie er erfolglos dagegen ankämpfte“.<sup>248</sup>

Die meisten Litauendeutschen haben jedoch ihre Vorzugsstellung und die ihnen verliehene Macht als eine glückliche Zeit erlebt.<sup>249</sup> Viele haben ihre gehobene Stellung genossen und mit dem Besatzungsregime eng zusammen gearbeitet, ja sie waren ein Teil dieses Regimes und wurden zu Tätern. Die Flucht im Sommer 1944 vor der Roten Armee bedeutete ihre Rettung.



**Prof. Dr. Walter Gaigalat (stehend zweiter von links)  
inmitten seiner Mitarbeiterinnen in Kaunas 1942**

*Foto aus dem Privatarchiv von Frau Christel Adams*

Für die Täterrolle spricht auch das Verhalten der leitenden Personen des Kulturverbandes der Deutschen in Litauen, die nach der Rückkehr nach Litauen

---

<sup>248</sup> Privatarchiv Christel Adams: Brief vom Pfarrer Adomas Gelžinius (Adam Gelzinus) an Frau Gaigalat vom 17.9.1948.

<sup>249</sup> Naschewski, Eduard: Wo blieben die Litauendeutschen nach der Umsiedlung und im Krieg. In: Heimatgruß. 1963. S.48-53. Die Zeit der Rücksiedlung in Litauen beschreibt der Autor folgendermaßen: „Jetzt waren die Deutschen nicht mehr geduldete Gäste im Gastland, sondern Bürger eines großen mächtigen Reiches, das die alte Heimat unter seinem Schutz genommen hatte. Es war eine Zeit, die zu großen Hoffnungen berechtigte. Doch leider dauerte sie nicht lange, diese glückliche Zeit“.

wichtige Stellen bei dem AS und GK und sogar bei der SiPo einnahmen. Vor allem in den Kreisansiedlungsstäben hatten sie das Sagen. Litauendeutsche wie Went von der Ropp als persönlicher Referent des Generalkommissars v. Renteln, Richard Kossmann beim AS oder der SS-Untersturmführer Richard Schweitzer bei der SiPo prägten das Bild der Litauendeutschen als treue Anhänger der Naziherrschaft, die als gute Kenner litauischer Verhältnisse „ihren Anteil an der Verantwortung für die furchtbare deutsche Effizienz“ hatten.<sup>250</sup> Als Verblendung kann man auch den Antrag der zwanzig ehemaligen Aktivisten des Kulturverbandes auf Mitgliedschaft in der NSDAP noch nach der verlorenen Schlacht von Stalingrad bewerten.<sup>251</sup> Einige von diesen Personen spielten nach dem Krieg eine dominierende Rolle in der Landsmannschaft der Deutschen aus Litauen. Weder von ihnen noch von der Landsmannschaft kam irgendwann die Einsicht oder ein Bedauern, dass die Teilnahme an der deutschen Kolonisation in Litauen ein Fehler oder gar ein Verbrechen war.

### **Epilog**

Dem aufmerksamen Leser wird nicht entgangen sein, dass den Autor vor allem die Frage nach der Verantwortung der Litauendeutschen bewegt, die sich in die Verwirklichung der Ostsiedlung blindlings hineinziehen ließen. Ungeachtet ihrer jahrhundertealten Verbundenheit zu ihrer Heimat, waren sie bereit, an der Germanisierung und Kolonisierung Litauens teilzunehmen. Zu ihren Gunsten kann man bestenfalls die Zusammensetzung der litauendeutschen Gruppe vorbringen, die größtenteils aus einfachen Menschen mit wenig Bildung bestand. Die Deutschen Litauens waren nicht in der Lage, Einsicht in die größeren Zusammenhänge der Politik zu gewinnen und nach ethischen Normen zu handeln. Sie waren gewohnt, Befehlen zu gehorchen und sich Gesetzen zu unterwerfen. Vielleicht lag hierin der Grund für ihre widerspruchslose Verstrickung in die Kolonisation Litauens. Aber auch die Baltendeutschen, die an Bildung, Adel und Reichtum alles das boten, was den Litauendeutschen fehlte, ließen sich ohne Widerspruch im Warthegau ansiedeln.

Angesichts der Beteiligung der Litauendeutschen an der Kolonisierung der eigenen Heimat taucht die Frage auf, ob eine Rückkehr ehemaliger Bürger eines Staates in feindlicher Absicht ethisch vertretbar ist. Immerhin lebten sie bis 1940 als Bürger des Landes Litauen und waren fest verwurzelt in der litauischen Bevölkerung. Sie beteiligten sich in den zwanziger Jahren aktiv am Aufbau des litauischen Staates, wurden jedoch im Zuge der Lituanisierung in den

---

<sup>250</sup> s. Dieckmann, Christoph: Überlegungen zur deutschen Besatzungsherrschaft in Osteuropa 1941-1944. Das Beispiel Litauen. In: Annaberger Annalen. 5,1997. S.26-46, vor allem S.42 und 46.

<sup>251</sup> LCVA. F.R-700-1-40: Antrag von zwanzig ehemaligen Aktivisten des Kulturverbandes vom 19.3.1943.

dreißiger Jahren aus Armee und öffentlichen Ämtern weitgehend ausgeschlossen. Viele kleinere deutsche Schulen wurden aufgelöst, die Tätigkeit der deutschen Minderheit von den litauischen Sicherheitskräften misstrauisch beobachtet.<sup>252</sup> Dennoch wurden sie zu keiner Zeit unterdrückt. Die nachbarschaftlichen Beziehungen kann man bis zuletzt als gut bezeichnen. Gerade diese guten Beziehungen wurden von den Nazis bei der Kolonisation als Argument für die Rückkehr missbraucht und damit so manche Litauendeutsche beruhigt und Litauer getäuscht.

Dem Autor ist bewusst, dass man in einer historischen Untersuchung ethische Normen nur mit Vorsicht anwenden darf, und es nicht ratsam ist, mit Herzblut zu schreiben. Der Leser möge bitte dies alles einem Autor, der als Kind deutscher Kolonisten geboren wurde, nachsehen. Meiner Einsicht nach ist es für die Litauendeutschen höchste Zeit, das dunkle Kapitel ihrer „Ansiedlung“ in der eigenen Heimat selbst aufzuarbeiten und eine Mitverantwortung an der Teilnahme und Durchführung dieser Kolonisation zu übernehmen.

### **Abkürzungsverzeichnis**

**AS** = SS-Ansiedlungsstab Kauen

**BA** = Bundesarchiv, Berlin

**DUT** = Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft

**EVG** = Deutsche Ein- und Verkaufsgenossenschaft, Kaunas

**EWZ** = Einwandererzentralstelle

**EZA** = Evangelisches Zentralarchiv, Berlin

**GK** = Generalkommissar in Litauen, Adrian von Renteln

**HJ** = Hitlerjugend

**LCVA** = Lietuvos centrinis valstybinis archyvas, Vilnius (Staatliches Zentralarchiv Litauens)

**NS** = Nationalsozialismus bzw. Nationalsozialistische

**NSDAP** = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

**OMi** = Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, auch Ostministerium genannt

**RKFDV** = Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums

**RSHA** = Reichssicherheitshauptamt

**RuSHA** = Rasse- und Siedlungshauptamt der SS

**SD** = Sicherheitsdienst, **Sipo** = Sicherheitspolizei, **SS** = Schutzstaffel,

**VoMi** = Volksdeutsche Mittelstelle

---

<sup>252</sup> Daten zur kulturellen und wirtschaftlichen Lage der Deutschen in Litauen 1938..  
Vorbereitet von Klaus Fuchs und hrsg. zusammen mit d. Landsmannschaft der Deutschen aus Litauen e.V.. Remchingen u. Leonberg 2009. 165 S. Die Ausgabe enthält die von der litauischen Geheimpolizei 1938 zusammengetragenen Daten über die Organisationen und die wirtschaftliche Lage der Deutschen in Litauen. Die Tabellen geben Auskunft über die Namen der Deutschen, ihren Besitz und ihre Einstellung zum litauischen Staat.